

Anwar Shaikh

Eine Einführung in die Geschichte der Krisentheorien *)

Einleitung

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit der Geschichte der Krisentheorien. Ganz allgemein meint der Begriff „Krise“, wie wir ihn verwenden, ein Versagen der ökonomischen und politischen Reproduktionsbeziehungen im Kapitalismus. Im einzelnen sind die Krisen, die wir untersuchen wollen, solche, die aus dem System selbst, aus seinen Funktionsprinzipien entstehen. Wie wir sehen werden, liegt es in der Natur der kapitalistischen Produktion, ständig einer Vielzahl von immanenten und extern erzeugten Störungen und Fehlallokationen ausgesetzt zu sein. Aber nur zu gewissen Zeitpunkten lösen diese „Erschütterungen“ allgemeine Krisen aus. Wenn das System ‚gesund‘ ist, erholt es sich schnell von allen möglichen Rückschlägen; wenn es ‚krank‘ ist, kann fast alles zum Zusammenbruch führen. Wir wollen hier die verschiedenen Erklärungen untersuchen, wie und warum das System periodisch erkrankt.

I. Reproduktion und Krise

Betrachten wir die Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaft. Sie ist ein komplexes, ineinandergreifendes soziales Netzwerk, dessen Reproduktion exakte Komplementaritätsbeziehungen der verschiedenen produktiven Tätigkeiten erfordert, und dabei werden diese von Hunderttausenden von Einzelkapitalisten getragen, welche nur ihre eigene Profitsucht kennen. Sie hat eine Klassenstruktur, in der der Erhalt der Kapitalistenklasse den Erhalt der Arbeiterklasse erfordert. Doch keine Erbfolge, keine Tradition, keine religiöse Idee bestimmt, wer regiert und wer regiert wird. Sie ist eine kooperative Gesellschaft, und doch kämpft unaufhörlich einer gegen den andern: die Kapitalisten gegen die Arbeiter, die Kapitalisten gegeneinander und die Arbeiter gegeneinander.

*) Der Verfasser ist Assistenzprofessor an der „New York School for Social Research“; das Manuskript wurde für einen ‚Reader‘ über die Krise in den USA geschrieben, der von der „Union for Radical Political Economy“ (URPE) herausgegeben werden wird. Die URPE ist eine Vereinigung von ca. 2000 kritischen und marxistischen Politischen Ökonomen in den USA, die über alle Fraktionen hinweg in Arbeitskreisen, Jahreskonferenzen und gemeinsamen Veröffentlichungen politisch-ökonomische Probleme diskutieren. Die deutsche Übersetzung stammt von Hans-H. Harbort und Rita Pokorny; inhaltliche Bearbeitung und zusätzliche Anmerkungen für die deutsche Diskussion von Jürgen Hoffmann und Willi Semmler.

Die schwierige Frage bei einer solchen Gesellschaft ist nicht, warum sie zusammenbricht, sondern warum sie überhaupt funktioniert. In diesem Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, daß jede Erklärung der kontinuierlichen Reproduktion des Kapitalismus gleichzeitig (implizit oder explizit) eine Antwort auf die Frage gibt, wie und warum er sich nicht kontinuierlich reproduziert. *Mit anderen Worten: Die Analyse der Reproduktion und die Krisenanalyse sind nicht voneinander zu trennen.* Dies trifft für jede Theorie zu, gleich, ob sie diese Beziehung verdeutlicht oder nicht.

Man kann in der Geschichte der ökonomischen Theorie drei Hauptstränge einer Analyse der kapitalistischen Reproduktion unterscheiden. Der erste – und am meisten verbreitete – geht von der Vorstellung aus, der Kapitalismus sei fähig, sich quasi „automatisch“ zu reproduzieren. Dieser Prozeß mag bruchlos und effizient (neoklassische Theorie) oder erratisch und kostspielig (Keynes) sein, er findet aber zu einem *immanenten Gleichgewicht*. Vor allem aber gibt es keine notwendigen Grenzen für das kapitalistische System oder seine historische Existenz: Wenn man es sich selbst überläßt (neoklassische Theorie) oder richtig lenkt (Keynes), kann es ewigen Bestand haben. Diese Auffassung hat natürlich immer die bürgerliche Theorie bestimmt.

Die zweite Position nimmt einen entgegengesetzten Standpunkt ein: Hier wird behauptet, daß das kapitalistische System aus sich heraus zur Expansion unfähig ist. Um zu überleben, muß es wachsen, aber um dieses Wachstum aufrechtzuerhalten, braucht es äußere Nachfragequellen (z. B. den nicht-kapitalisierten Teil der Welt). Das bedeutet, daß die Reproduktion letztlich von Faktoren außerhalb des Systems reguliert wird: Die Grenzen des Systems sind äußere. Auf dieser Überlegung basieren die verschiedenen Unterkonsumtionstheorien, einschließlich der marxistischen.

Die dritte Position nimmt an, daß der Kapitalismus zwar zur Expansion (self-expansion) fähig ist, daß aber der Akkumulationsprozeß die zugrundeliegenden inneren Widersprüche so verschärft, bis sie in einer Krise aufbrechen: Die Grenzen des kapitalistischen Systems sind *immanent*. Diese Richtung ist fast ausschließlich marxistisch und umfaßt die Krisenerklärungen der „fallenden Profitrate“ wie auch der Profitklemme (1).

Jede der genannten Positionen impliziert eine bestimmte Vorstellung von Krisen, ihrer Ursachen und Implikationen. Daher werden wir sie nacheinander untersuchen.

1 Gemeint ist hier die Theorie des „profit-squeeze“, die von Glyn/Sutcliffe entwickelt wurde (deutsch bei Rotbuch: „Die Profitklemme“, Berlin 1974; vgl. dazu auch die Kritik von David Yaffe in Prokla 14/15 -jh/ws)

II. Der sich ‚automatisch‘ reproduzierende Kapitalismus

Im Folgenden diskutieren wir der Reihe nach die Laissez-Faire- und keynesianische Tradition der orthodoxen Theorie.

A. Die Tradition des Laissez-Faire

Uns ist die Vorstellung vom Kapitalismus als einem sich selbst regulierenden, reibungslosen, leistungsfähigen und harmonischen System leider nur zu vertraut. Angefangen mit Adam Smiths „Invisible Hand“ bis hin zur unergiebigem Eleganz der modernen allgemeinen Gleichgewichtsanalyse hat diese Vorstellung die bürgerliche Theorie beherrscht. Sich selbst überlassen, wird der Kapitalismus nach dieser Theorie (2) sich reibungslos, effizient und voraussichtlich ewig reproduzieren. So die Theorie.

Obwohl man das System für selbstregulativ hält, bleibt der *Prozeß* der Regulierung weitgehend unberücksichtigt. Sofern dieses Problem analysiert wird, konzentriert man sich zumeist entweder auf statistische oder auf dynamische Gleichgewichte. Dadurch entsteht der Eindruck, als ob der Anpassungsprozeß vernachlässigt werden könne. Diese Auffassung ist sogar notwendig, da die Vorstellung eines längeren Anpassungsprozesses ihren Gleichgewichtsbegriff und damit die liebgewordene „Optimalität“ des Systems bedrohen würde.

Es treten aber Krisen auf. Das ist natürlich für diese Ökonomen höchst ärgerlich! Die ideologische Bedeutung der Krisen verlangt daher wenigstens periodisch eine Beschäftigung mit dem Problem der Krisen. Wenn Ökonomen die Geschichte empirischer Erscheinungen untersuchen, beschäftigt sie ausnahmslos nicht nur die Häufigkeit von Krisen, sondern auch deren offensichtliche Regelmäßigkeit. Für die USA zählt z. B. Wesley Clair Mitchell 15 „Krisen“ in den 110 Jahren von 1810 bis 1920, und Paul Samuelson registriert 7 „Rezessionen“ in den 30 Jahren von 1945 und 1975 (3). Dazwischen liegt die „Great Depression“, die fast 10 Jahre anhielt! Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten, diesen Befund in das theoretische System einzubauen, ohne es dabei zu sprengen. Zu allererst kann man argumentieren, daß prinzipiell keine Krisen auftreten müssen; wenn sie dann doch auftreten, können sie auf Faktoren zurückgeführt werden, die außerhalb der kapitalistischen Reproduktion liegen. Das System wird *ohne eigenes Verschulden* periodisch von Krisen erschüttert. Diese Tradition sucht die Krisenursachen entweder in der Natur (Sonnenflecken, Mißernten usw.) und/oder im Menschen (psychologische Zyklen von Hoffnung und Verzweiflung, Kriege, Revolutionen und politische Fehler (4)).

Die Regelmäßigkeit der Krisen ist allerdings nur schwerlich Sonnenflecken oder menschlichen Biorhythmen anzulasten, während solche Erklärungen wie Kriege oder politische Fehler nicht hinreichen, so eindeutig zyklische Erscheinungen zu erklären.

2 Als Beispiel einer ausführlichen Darstellung neoklassischer Konzeption vgl. Alchian und Allen (1969), Kap. 1 - 4

3 Mitchell (1923), S. 43, und Samuelson (1976), S. 250 - 251

4 Samuelson (1976), S. 257

Wir kommen daher zur Theorie der *Konjunkturzyklen*; sie stellt die zweite grundlegende Möglichkeit dar, das Phänomen der Krisen in die orthodoxe Theorie zu integrieren. Auch hier wird das System als sich selbst-regulierend aufgefaßt; allerdings verläuft der Regulierungsprozeß nicht reibungslos, sondern zyklisch. Verschiedene Faktoren innerhalb des Systems führen zur Ausbildung von selbst-erzeugten Zyklen, so daß die Selbstreproduktion (des Systems) eine rhythmische Abfolge bekommt.

Es muß hier betont werden, daß für die orthodoxe Theorie ein Zyklus nicht gleichbedeutend mit einer Krise ist. Um im Rahmen des allgemeinen theoretischen Systems zu bleiben, muß man die Zyklen als im wesentlichen „kleine Schwankungen“ betrachten, die *in einer ersten Näherung* zurecht vernachlässigt werden dürfen. So stellt der zyklische Charakter des Regulierungsprozesses keine Einschränkung der Reproduktionsfähigkeit des Systems dar. Der als Konjunkturtheorie bekannte Zweig der Ökonomie stellt eine Kombination dieser beiden grundlegenden Ansätze dar. Regelmäßige harmlose Schwankungen sind Teil des Systems: Kontraktionen und Expansionen gehören zum normalen Konjunkturzyklus. Gewaltsame oder länger andauernde Expansionen und Kontraktionen sind jedoch äußeren Faktoren geschuldet, die in der Natur oder im Menschen liegen und die entweder einen Zyklus in eine Krise umschlagen lassen oder selbständig eine Krise erzeugen. Krisen bleiben also dem normalen Prozeß des kapitalistischen Reproduktion äußerlich.

Trotz dieser Funktion, mögliche Kritik abzuschirmen, hat die Konjunkturtheorie in der Ökonomie des Laissez-Faire immer nur eine Nebenrolle gespielt. Ihr Gegenstand war zu gefährlich, ihre Geschichte zu sehr von antikapitalistischen Einstellungen gefärbt, als daß sie problemlos in das große Theoriegebäude integriert werden konnte. Dies änderte sich jedoch mit dem Aufkommen der Keynesianischen Ökonomie. Wir werden gleich sehen, warum.

B. *Die (rechte) Keynesianische Tradition*

Bisher haben wir nur von der Tradition des „Laissez-Faire“ in der bürgerlichen Theorie gesprochen, da sie fast immer die dominierende war. Aber der massive weltweite Zusammenbruch des Kapitalismus in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre hat dieser Tradition einen entscheidenden Schlag versetzt. Der Zusammenbruch selbst konnte vielleicht noch von den „Gläubigen“ umstandslos auf die eine oder andere geschilderte Art und Weise erklärt werden; unerklärlich blieb aber, daß das System keine Anstalten machte, zu einem „normalen“ Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückzuschwingen. Selbst offizielle (konservative) Schätzungen nannten für die USA 1939 eine Arbeitslosenzahl von 10 Millionen – volle zehn Jahre nach dem „Großen Krach“. Mit zunehmender Dauer der Depression und dem Anwachsen sozialer Unruhe geriet die Laissez-Faire-Theorie immer mehr in Verruf und wurde bald von der Keynesianischen Theorie abgelöst.

Keynes attackierte die orthodoxe Vorstellung, daß „das Angebot seine eigene Nachfrage bestimmt“, denn diese Auffassung führte zu der Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus automatisch dazu neige, die vorhandene Arbeitskraft und die Produk-

tionsmittel mehr oder weniger vollständig anzuwenden. In seiner Analyse ist stattdessen das von den Kapitalisten geplante Niveau der Investitionen der entscheidende Faktor für die Bestimmung des Niveaus von Produktion und Beschäftigung. Aber die Investitionspläne hängen in beträchtlichem Maße von der Profiterwartung ab, von den „Erwartungen“ und „Instinkten“ der Kapitalisten. Daraus resultieren zwei wichtige Schlußfolgerungen. Erstens, daß die „Erwartungen“ bekanntlich höchst schwankend sind, ist die kapitalistische Reproduktion eher erratisch. Zweitens, und das ist noch wichtiger, besitzt der Kapitalismus keinen automatischen Mechanismus, aufgrund dessen die Kapitalisten genau den zur Erhaltung der Vollbeschäftigung erforderlichen Investitionsumfang planen können. Es muß aber betont werden, daß man dennoch glaubte, das System würde aus sich heraus (automatisch) zu einem Gleichgewicht finden: allerdings schließt dieses Gleichgewicht keineswegs eine andauernde Arbeitslosigkeit oder Inflation aus.

Die sogenannte Keynesianische Revolution war jedoch sehr ambivalent. Ein Großteil der grundlegenden Struktur der Keyneschen Analyse war identisch mit der orthodoxen Theorie, die er attackierte (5): Die Einteilung der Gesellschaft in Produzenten und Konsumenten (nicht Klassen), die gleiche Grundeinschätzung der menschlichen Natur, die zentrale Bedeutung von psychologischen „Neigungen“ und Präferenzen, die Rolle von Angebot und Nachfrage, und vor allem das allgemeine Vertrauen in die Gleichgewichtsanalyse. Es nimmt also nicht wunder, daß ein Teil der Orthodoxie Keynes in eine neue Version bürgerlicher Theorie integrieren konnte. Indem sie einräumten, daß in der Tat kein *automatischer* Mechanismus die kapitalistische Reproduktion reibungslos, effizient und krisenfrei machte, sahen die neoklassischen Keynesianer („Bastard Keynesians“, wie Joan Robinson sie nennt) den Staat als den Mechanismus, welcher die in den Parabeln des „Laissez-Faire“ geschilderte Gesellschaft verwirklichen sollte. Wenn der Staat seine Aufgaben erfülle, würde er die Gesamtnachfrage so steuern, daß eine annähernde Vollbeschäftigung erreicht würde und so gut wie keine Inflation entstünde; mit dieser Modifizierung „könnten die übrigen Lehren der (Orthodoxie) wiederbelebt werden“ (6).

Da ökonomische Schwankungen zulässiger Bestandteil der keynesianischen Theorie sind, ist die Konkunkturzyklustheorie nun viel ungefährlicher. Da der Staat überdies die Schwankungen prinzipiell eliminieren *kann*, wird es sogar notwendig, Zyklen und Krisen genau zu analysieren, um ihnen entgegenwirken zu können. In der Folge hat es seit der sog. Keynesianischen Revolution eine wahre Flut von Erkenntnissen über Krisen gegeben. Es überrascht nicht, daß die Keynesianer dazu neigen, die erratische und gewalttätige Geschichte der kapitalistischen Akkumulation als eine Folge von „politischen“ Fehlern anzusehen (7). Ihre Einschätzung der gegenwärtigen Krise macht da keine Ausnahme. Keynes hatte noch eine andere Gruppe von Anhängern, die sogenannten linken Keynesianer, unter denen Joan Robinson eine führende Stellung einnimmt. Ihre Ansichten wie auch die von Michael Kalecki

5 Lekachman (1976), S. 343

6 Joan Robinson (1971), S. xxx

7 Lekachman (1976), S. 347 - 48. Dies war ziemlich genau Keynes' eigene Sichtweise und findet sich auch bei seinen Anhängern.

und Joseph Steindl werden wir im nächsten Abschnitt diskutieren.

III. Der zur Selbst-Expansion unfähige Kapitalismus

Von Anfang an wurde die Laissez-Faire-Vision eines harmonischen, krisenfreien Kapitalismus von der ebenso alten wie beharrlichen Vorstellung bedrängt, der Kapitalismus sei seinem Wesen nach unfähig zur Akkumulation. Die inneren Kräfte des Systems, so wird behauptet, könnten es höchstens auf einem gleichbleibenden Niveau reproduzieren: Aber ein stagnierender Kapitalismus zerfällt sehr schnell. Einer konkurriert mit dem anderen, aber da es kein Wachstum gibt, kann keiner gewinnen, es sei denn, auf Kosten anderer. Kapital steht gegen Kapital, Arbeiter gegen Arbeiter, und Klasse gegen Klasse. Entweder die Widersprüche verschärfen sich so, daß sie das System sprengen, oder es degeneriert zu einer Gesellschaft, in der eine kleine herrschende Elite von Massenarmut und menschlicher Not getragen wird. In jedem Fall ist ein nicht akkumulierender Kapitalismus auf Dauer nicht existenzfähig.

Es ist bemerkenswert, daß dieses Gegenargument von der selben Voraussetzung ausgeht wie die Theorie, gegen die es sich richtet. Die orthodoxe Theorie hat immer betont, daß das letzte Ziel jeder kapitalistischen Produktion die Konsumtion sei: Was jetzt nicht konsumiert wird, fließt in die Produktion zurück, um die zukünftige Konsumtion zu versorgen. Auf jeden Fall ist die Konsumtion der bestimmende Faktor. Im Spiegel der Unterkonsumtionstheorie wird dieselbe Vorstellung zu einer Waffe gegen den Kapitalismus. Das folgende Argument taucht in der langen und komplexen Geschichte dieser Variante der Krisentheorie immer wieder auf: Zwar ist der letzte Regulator aller Produktion jetzt und für alle Zukunft wirklich die Konsumtion; aber die kapitalistische Produktion orientiert sich nicht am Bedarf, sondern an der Kaufkraft, nicht an Nachfrage, sondern an „effektiver“ Nachfrage (d. h. zahlungsfähige Nachfrage). Und ihre Widersprüchlichkeit besteht darin, daß sie aus sich heraus nicht in der Lage ist, eine für eine Akkumulation ausreichende effektive Nachfrage zu erzeugen. Mit anderen Worten, die inneren Mechanismen des Systems zwingen es in einen stationären Zustand: Um weiter wachsen zu können, benötigt es irgend eine äußere Quelle effektiver Nachfrage – d. h. außerhalb seiner ihm zugrundeliegenden Mechanismen.

A. Der Begriff der Nachfrangelücke

In den vergangenen 150 Jahren hat es viele Versuche gegeben, das Unterkonsumtionsproblem auf den Begriff zu bringen. Trotz der Vielzahl von Formulierungen fällt jedoch auf, wie durchgängig die Vorstellung von der letztlichen Regulierung der gesamten Produktion durch die Konsumgüternachfrage ist.

Teilen wir einmal die gesamte gesellschaftliche Produktion in zwei große Gruppen oder „Abteilungen“ auf. Die Abteilung I produziert Produktionsgüter (Grundstoffe, Energie, Fabriken und Ausrüstung), während die Abteilung II Konsumgüter

und Dienstleistungen (Lebensmittel, Bekleidung, Unterhaltung usw.) produziert. Dann ist die Grundannahme der Unterkonsumtionstheorie, daß die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen nicht nur das Niveau der Produktion der Abteilung II (Konsumgüter) bestimmt. Die Produktion der Produktionsgüterindustrie wird letztlich reguliert von der Nachfrage nach Produktionsmitteln in der Konsumgüterindustrie: Die Nachfrage nach Produktionsgütern ist also „abgeleitet“ von der Nachfrage nach Konsumgütern. Beachten wir, daß dies nicht nur heißt, daß die Produktion der Abteilung II die Produktion in der Abteilung I beeinflusst und umgekehrt. Vielmehr wird etwas sehr viel wichtigeres behauptet, nämlich daß die Beziehung letztlich einseitig ist: Die Abteilung I folgt der Abteilung II.

Parallel dazu läuft die Auffassung von Zirkulation als einem Prozeß, durch den das gesellschaftliche Produkt zwischen Arbeitern und Kapitalisten *aufgeteilt* wird. Ein Teil des gesamten Sozialprodukts wird so als Ersatz für die in der Produktion verbrauchten Produktionsmittel betrachtet, und der verbleibende Teil, das *Nettoprodukt*, steht für die Verteilung an Arbeiter und Kapitalisten zur Verfügung. Eine ähnliche Aufteilung findet auch auf der Einkommenseite statt. Eine bestimmte Summe aus den Verkäufen aller Firmen werde dafür verwandt, das in der Produktion für Produktionsmittel vorgeschossene Geld zu ersetzen. Der Rest sei das effektive Nettoeinkommen der Firmen, welches in Löhne und Profite aufgeteilt wird. Dieses Nettoeinkommen, von den orthodoxen Ökonomen Volkseinkommen genannt, ist die Quelle der effektiven Nachfrage für das Nettoprodukt.

Die Nettoproduktion hat demnach zwei Aspekte. Auf der einen Seite haben wir Waren und Dienstleistungen und auf der anderen Seite das Nettogeldeinkommen, welches der Summe von Löhnen und Profiten entspricht: hier Angebot, dort effektive Nachfrage.

Jetzt können wir das Grundproblem der Unterkonsumtionstheorie bestimmen. Im allgemeinen geben die Arbeiter ihren gesamten Lohn aus. Damit kaufen sie einen Teil des Nettoprodukts zu normalen Preisen „zurück“. Da die Arbeiter aber nie das gesamte Nettoeinkommen erhalten, können sie auch nie das gesamte Nettoprodukt zurückkaufen. *Die Konsumtion der Arbeiter hinterläßt immer eine „Nachfrangelücke“; ferner, je geringer ihr Lohnanteil ist, umso größer ist diese „Nachfrangelücke“.* An diesem Punkt der Analyse zeigt sich, daß immer noch das Mehrprodukt verkauft werden muß, und auch das Einkommen der Kapitalisten – der Profit – muß noch verausgabt werden. Wenn diese beiden Größen sich ausgleichen würden, könnte das gesamte Produkt verkauft und die „Nachfrangelücke“ geschlossen werden. Aber unter welchen Bedingungen wird das eintreten?

Die ersten Unterkonsumtionstheoretiker neigten dazu, das Nettoprodukt als nur aus Konsumgütern bestehend zu sehen. Ausgehend von ihrer Grundannahme, daß die Produktion der Abteilung I von der Nachfrage nach Produktionsmitteln in der Abteilung II reguliert wird, kamen sie leicht zu der Vorstellung, daß die Produktion der Abteilung I in jeder Periode gerade ausreichend ist, die vom Gesamtsystem verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen. Das bedeutet, daß – obwohl das gesamte Sozialprodukt sich aus Produktionsgütern (Abteilung I) und Konsumgütern (Abteilung II) zusammensetzt – das Nettoprodukt (Gesamtsprodukt minus Ersatz der Pro-

duktionsmittel) nur aus Konsumgütern besteht.

Von diesem Standpunkt aus gesehen bleibt, nachdem die Arbeiter ihre Löhne für den „Rückkauf des Anteils“ am Nettoprodukt ausgegeben haben, einerseits ein Mehrprodukt in Form von Konsumgütern übrig und andererseits die nicht ausgegebenen Profite, die das „Einkommen“ der Kapitalisten darstellen. Daraus folgt, daß die „Nachfragelücke“ nur geschlossen werden kann, wenn die Kapitalisten ihre *gesamten* Profite für individuellen Konsum ausgeben. *Dann aber kann es keine Investitionen geben und damit kein Wachstum, keine aus sich heraus erzeugte Akkumulation.* Das heißt nicht, daß die Kapitalisten nicht versuchen werden, zu akkumulieren. Die eigentliche Bedeutung liegt darin, daß die Akkumulationsbemühungen der (Kapitalisten-) Klasse insgesamt zum Scheitern verurteilt sind. In der mörderischen Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ist schließlich der Umfang des Vermögens ein wichtiger Machtindex. Und eine Methode, zu mehr Größe und Macht zu kommen, ist, zu sparen, zu investieren und dadurch zu expandieren. Also werden die Kapitalisten immer versuchen zu akkumulieren. Nehmen wir also an, wir würden von der oben geschilderten Situation ausgehen, daß die Abteilung I gerade so viele Produktionsgüter produziert, daß die Produktionskapazität des Systems erhalten wird, und die Abteilung II so viele Konsumgüter produziert, wie von den Arbeitern und Kapitalisten mit ihrem gesamten Einkommen „zurückgekauft“ werden kann. Nehmen wir weiter an, daß die Kapitalisten beim nächsten Mal *nur einen Teil* ihrer Gewinne für Konsumgüter ausgeben, den Rest aber investieren in den Kauf von Produktionsmitteln, die Einstellung von Arbeitern und die Errichtung von Betrieben in der Abteilung I und/oder II.

In dieser Situation geschieht etwas Seltsames. Nehmen wir an, der Gesamtprofit beläuft sich auf 200 000 Dollar, welche die Kapitalistenklasse zunächst vollständig für den persönlichen Konsum ausgibt. Nehmen wir dann an, daß sie ihren Konsum auf 150 000 Dollar reduzieren und die restlichen 50 000 Dollar investieren, indem sie für 30 000 Dollar Produktionsgüter kaufen (aus dem Vorrat der Abteilung I) und für 20 000 Dollar Arbeiter einstellen (aus der unbeschäftigten Reservearmee). Dann beträgt der Nettorückgang der Konsumnachfrage nur 30 000 Dollar, da der Rückgang der Konsumnachfrage der Kapitalisten teilweise durch den zusätzlichen Konsum der neu eingestellten Arbeiter ausgeglichen wird. Dennoch aber geht die Nachfrage nach Konsumgütern zurück, so daß die Verkäufe der Abteilung II sinken, was wiederum zur Folge hat, daß ihr eigener Bedarf an Produktionsmitteln sinkt und dadurch die Verkäufe in der Abteilung I zurückgehen. Und dabei hat gerade die Maßnahme, die das alles verursacht hat, zu einer *Erweiterung* der allgemeinen Produktionskapazität geführt. Der Versuch, die Kapazität zu erhöhen, hat daher nicht nur die zusätzlich geschaffene Kapazität überflüssig gemacht, sondern darüberhinaus auch einen Teil der Ausgangskapazität. Das führt unvermeidlich zu einem Rückgang. Die immanent sich entwickelnde Akkumulation negiert sich selbst. Da eine Expansion nur allmählich entsteht und Zeit braucht, kann man sich leicht vorstellen, daß es eine ganze Weile dauert, bis der Rückgang der „effektiven Nachfrage“ sich auswirkt, und noch länger, bis die darauffolgende Kontraktion sich durchsetzt. Das Ergebnis der Akkumulationsversuche wäre demnach ein Aufschwung, gefolgt von einem Abschwung,

wobei die Nettoakkumulation während des Zyklus Null beträgt. In der Logik der Unterkonsumtionstheorie wäre dies das Verhalten einer ungelenkten kapitalistischen Wirtschaft.

Zyklische Auf- und Abschwünge sind in der Geschichte des Kapitalismus nichts Neues. Allerdings macht die Analyse dieser Geschichte auch sehr deutlich, daß diese Zyklen mit einem enormen säkularen Wachstum in den kapitalistischen Wirtschaftssystemen einhergehen – eine Tatsache, die in scharfem Widerspruch steht zu einem stagnierenden Kapitalismus, wie ihn die Unterkonsumtionstheoretiker sehen. Aus diesem Grunde sahen sich alle Unterkonsumtionstheorien gezwungen, auf „exogene“, d. h. äußere Faktoren zurückzugreifen, um diese Diskrepanz von Geschichte und Theorie erklären zu können. In den beiden folgenden Abschnitten, in denen wir nacheinander die Geschichte der Unterkonsumtionstheorien vor und nach Marx diskutieren, werden wir sehen, welche wichtige Rolle diese äußeren Faktoren spielen.

B. Konservative und radikale Unterkonsumtionstheorien

Im vorhergehenden Abschnitt habe ich versucht, die grundlegende Logik der Unterkonsumtionstheorie und die daraus sich ergebenden Implikationen darzustellen. Dabei habe ich einen modernen Begriffsapparat verwendet, z. B. Marx' Begriff der zwei Abteilungen und Kaleckis Analyse der aggregierten Angebots- und Nachfragegrößen. Diese Begriffe sind relativ neu, und selbstverständlich erscheint der Streit in der Geschichte der Unterkonsumtionstheorie selbst nicht in dieser Form. Es muß in der Tat auffallen, daß zwar der Begriff der „Nachfragelücke“ in dieser Geschichte immer wieder auftaucht, die damit zusammenhängende Unmöglichkeit einer kapitalistischen Akkumulation aus sich selbst heraus aber selten erfaßt wird. Besonders in den nicht-marxistischen Theorien wird diese Implikation geflissentlich übergangen. Es ist wirklich eine schwierige Situation, im 19. Jahrhundert in einer Periode fast explosiven kapitalistischen Wachstums zu leben und zu schreiben und der eigenen Theorie entnehmen zu müssen, daß Wachstum nicht der kapitalistischen Produktion eigen ist.

Überzeugt von der Richtigkeit dieser Grundposition, aber unfähig oder unwillig, ihre vollen Implikationen zu akzeptieren, stellten sich die frühen Unterkonsumtionstheoretiker fast durchweg auf den Standpunkt, daß *zuviel* Akkumulation eine Krise zur Folge haben würde. Sie gingen von der Annahme aus, daß die Wirtschaft mit einer gerade angemessenen Rate wächst. Nach der im vorhergehenden Abschnitt beschriebenen Logik nahmen sie an, daß die Kapitalisten die Konsumtion einschränken und den so gesparten Betrag in zusätzliche Produktionsgüter und Arbeitskräfte investieren. Während also die Investitionen die Produktionskapazität erweitert haben, resultierten der Nettorückgang der Nachfrage nach Konsumgütern und die nachfolgende Wirkung auf die Produktionsgüternachfrage in einer Unterauslastung sogar der Ausgangskapazität. „Zuviel Sparen“ würde zu einem Abschwung führen (8).

8 Die Unterkonsumtionisten konnten sich einen keynesianischen Widerspruch zwischen geplantem Sparen und geplanten Investitionen nicht vorstellen. Die Kapitalisten planen beides, und was sie sparen, wird investiert, nicht gehortet. Das Horten spielt in den Unterkonsumtionstheorien keine wesentliche Rolle, wie Bleaney (op. cit., pp. 50 - 51) bemerkt.

Was diese Logik aber tatsächlich beinhaltet, ist, daß *jedes* Sparen zu einem Abschwung führen muß; eine Tatsache, auf die ihre Gegner sehr bald hinweisen. Michael Bleaney faßt in seiner ausgezeichneten Studie „Underconsumption Theories“ das Dilemma der frühen Unterkonsumtionstheoretiker zusammen:

„Kurz umrissen, ist es der Standpunkt dieser Autoren, daß es einen Punkt gibt, über den hinaus die Akkumulationsrate zu hoch sein wird und einen Abschwung auszulösen droht. In ihrer Argumentation ist dies aber offenbar die Akkumulationsrate Null, wie Chalmers treffend aufzeigt. Sie befinden sich also in einem Dilemma, aus dem heraus sie entweder den Rückzug antreten und einen Teil ihrer Ergebnisse verwerfen oder die Absurdität ihrer Schlußfolgerungen erklären müssen.“ (Bleaney (1976), S. 59)

Der erste bedeutende Ökonom, der sich diesem Dilemma gegenüber sah, war Thomas Malthus (1820 ff.). Gemäß der Tradition der Unterkonsumtionstheoretiker behauptete Malthus, daß es die Nachfrage nach Konsumgütern sei, welche die Produktion reguliert, so daß nur eine bestimmte Wachstumsrate „gerechtfertigt“ werden kann. Natürlich war Malthus aufgrund der Logik seiner Argumentation und der impliziten Folgerung nie in der Lage, die Größe dieser „gerechtfertigten“ Wachstumsrate zu bestimmen. Immerhin betonte er, daß zuviel Sparen zur Folge hätte, daß die Konsumtion der Kapitalisten die Nachfragelücke auf Seiten der Arbeiter nicht ausfüllen könne, so daß also Überproduktions- (bzw. Unterkonsumtions-) Krisen im Kapitalismus durchaus möglich seien. Bei Malthus wurde diese Tendenz zur Unterkonsumtion zu einer reaktionären Apologetik für die feudalen Landbesitzer, deren hoher Lebensstandard und zur Schau gestellter Konsum als willkommener Ausgleich zu der Tendenz der Kapitalisten gesehen wurde, zuviel zu sparen. (Malthus ist auch berühmt für seinen Angriff auf die Arbeiterklasse in Form seiner sogenannten Populationsgesetze. Damals wie heute sollten diese brutalen „Naturgesetze“ nie für das Verhalten der „zivilisierten“ herrschenden Klassen gelten).

Simon de Sismondi war ein Zeitgenosse von Malthus, der im Kapitalismus ebenfalls eine Tendenz zur Unterkonsumtion erkannte. Auch bei ihm finden wir die Behauptung, daß das Niveau der Konsumtion die gesamte Produktion reguliert, so daß sie nur so schnell wie die Konsumtion wachsen kann. Aber der Kapitalismus schränkt die Konsumtion der Massen ein, indem er sie in Armut hält; die Arbeiter sind zu arm, um ihr eigenes Produkt zurückzukaufen (auch hier wieder die allgegenwärtige Nachfragelücke). Ferner wird mit dem sich entwickelnden Kapitalismus die Einkommensverteilung immer ungleicher, so daß die Konsumtion der Massen langsamer anwächst als der Gesamtreichtum (die Lücke wird größer). Bei Sismondi finden wir also nicht nur eine Tendenz zur Unterkonsumtion, *diese nimmt sogar zu mit dem Reifungsprozess des Kapitalismus*. Im Laufe der Zeit werden die Krisen immer tiefer und die internationale Konkurrenz um die äußeren Märkte immer schärfer.

Im Gegensatz zum reaktionären Malthus war Sismondi ein Radikaler, den die Leiden der Bauern und Arbeiter unter dem Kapitalismus bedrückten. Zu seiner Zeit stand er an der Spitze des von Marx so genannten kleinbürgerlichen Sozialismus, der gegen die vom Kapitalismus verursachten Grausamkeiten und Zerstörungen kämpfte und diesen reformieren wollte, um diese Zustände zu beseitigen. Sismondi selbst befürwortete radikale Veränderungen der Einkommensverteilung zugunsten der Bau-

ern und Arbeiter und betrachtete die Durchführung dieser und anderer ökonomischen Reformen als Aufgabe des Staates (9).

Sowohl die Malthussche als auch die Sismondische Variante der Unterkonsumtionstheorie berufen sich auf die äußeren Märkte als Quellen der Nachfrage nach Konsumgütern. Bei Malthus ist es nur eine beiläufige Anmerkung, aber für Sismondi sind die ausländischen Märkte ein wichtiges Absatzgebiet für die inländische Überproduktion, und er sieht eine wachsende internationale Konkurrenz als Folge des sich verschärfenden Problems der Unterkonsumtion entstehen. Wenn der internationale Handel dieses Problem lösen soll, muß ein bestimmtes Land natürlich mehr in andere Länder exportieren als es von ihnen importiert. Für die Welt insgesamt ist das offensichtlich unmöglich. Wenn der gesamte Handel auf die kapitalistische Sphäre beschränkt ist, dann ist der Außenhandel für das kapitalistische Weltssystem ein interner Handel und bietet keine Möglichkeit, dem Unterkonsumtionsproblem zu entkommen. Folglich sieht Sismondi den Außenhandel auch nicht als allgemeine Lösung des Problems an.

In der Periode zwischen Sismondi (1837) und J. A. Hobson (1902) liegt der große Wendepunkt in der Geschichte des Kapitalismus, welcher den Beginn des Zeitalters des Imperialismus darstellt. In den Jahren 1870 bis 1914 stiegen die europäischen Auslandsinvestitionen um mehr als 700 %, wobei ein Großteil auf die sogenannte Dritte Welt entfällt (10). Es ist daher keineswegs überraschend, daß seit etwa 1900 der Außenhandel mit dem Imperialismus eine Lösung für das Problem der Unterkonsumtion darzustellen schien. Wenn man die Welt in imperialistische kapitalistische Länder und unterentwickelte Dritte Welt einteilt, dann ist es schließlich leicht möglich, anzunehmen, daß diese Dritte Welt die überschüssigen Ersparnisse der entwickelten kapitalistischen Länder absorbieren kann – entweder direkt in Form von Auslandsinvestitionen oder indirekt in Form von Warenexporten. Sowohl bei Hobson als auch bei Rosa Luxemburg (die ich im nächsten Abschnitt diskutieren werde) ist die Beziehung zwischen Unterkonsumtion und Imperialismus von großer Bedeutung.

Hobson geht von der uns bekannten Überlegung der Unterkonsumtionstheoretiker aus. Er macht als das letztendliche Ziel aller Produktion, auch der im Kapitalismus, ausdrücklich die Produktion von Konsumgütern aus. Ferner ist er der erste, der die Abteilung I (Produktionsgüterindustrie) eindeutig der Abteilung II (Konsumgüter) untergeordnet sieht, so daß der gesamte Produktionsprozeß als vertikal integriertes System aufgefaßt werden kann, ausgehend von den Rohstoffen und stufenweise fortschreitend bis zum Endprodukt, welches nur aus Konsumgütern besteht. Schließlich geht auch er von dem Postulat einer „angemessenen“ Wachstumsrate aus (die er natürlich auch nicht definieren kann) und zeigt dann weiter, daß zuviel Sparen zu einem Abschwung führt. Krisen entstehen also aus Übersparen (11).

Hobson führt auch den Begriff des „Surplus“ ein, der in seiner weiteren Analyse eine wichtige Rolle spielt. Ganz allgemein definiert Hobson das „Surplus“ als

9 Bleaney (1976), S. 63

10 Michael Barrat-Brown (1974), S. 170

11 Bleaney (1976), S. 153 - 168

den Überschuß des Gesamtgeldwerts der Produktion, der über die *notwendigen Kosten dieser Produktion* hinausgeht (12). Dieser Begriff beinhaltet die Trennung von notwendigen und nicht notwendigen Produktionskosten sowie von Produktionskosten und anderen Kosten (wie Verkaufskosten, Umsatzsteuer usw.). Dies ist ein weiterer Begriff als der von mir oben als „Profit“ (Verkäufe abzüglich aller Kosten) definierte, aber wir brauchen auf den Unterschied nicht näher einzugehen. Jedenfalls schließt Hobsons Begriff des „Surplus“ die nicht notwendigen „Kosten“ wie Monopolprofite und Grundrente ein (da diese nicht aus irgendeiner Produktion herrühren). Mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus nehmen diese „parasitären Einkommen“ an Umfang zu, und da ihre Empfänger in der Regel *wenig* konsumieren, besteht eine Tendenz zum Übersparen. Das Problem der Unterkonsumtion verschärft sich also (13).

Nach Hobson stellt der Außenhandel ein Ventil für überschüssige Ersparnisse und einen Markt für überschüssige Produktion auch im Konkurrenzkapitalismus dar. Mit zunehmender Konzentration der Industrie und Ausweitung der Monopole erhält das Unterkonsumtionsproblem einen qualitativ höheren Stellenwert. Einerseits vergrößern die Monopolprofite den Surplus und führen zu vermehrtem Sparen; da andererseits die Monopole diese überhöhten Profite durch Preiserhöhungen erreichen, verkleinern sie damit in der Regel den Markt. Dieselben Faktoren, die die Ersparnisse vergrößern, verkleinern gleichzeitig die Möglichkeit ihrer Wiederausgabe und damit die Nachfrage. Der Imperialismus erscheint als mögliche Lösung: Imperialismus ist die höchste Stufe der Unterkonsumtion.

Nach Hobson muß das aber nicht unbedingt so sein. Der wahre Ursprung von Krisen *und* Imperialismus liegt in der Ungleichheit der Einkommen und den übergroßen Einkommen der Monopolisten und Rentiers, und die Lösung liegt in angemessenen Reformen:

„Jede Veränderung im politisch-ökonomischen Kräfteverhältnis wird diesen Besitzern ihr überschüssiges Einkommen entziehen und es entweder den Arbeitern als höhere Löhne oder der Gemeinschaft als höheres Steueraufkommen zufließen lassen, so daß es ausgegeben und nicht gespart wird – beides wird die Konsumwelle vergrößern –; es wird daher keinerlei Notwendigkeit bestehen, Auslandsmärkte oder ausländische Anlagensphären für Investitionen zu erobern.“ (Hobson, zit. nach Bleaney, op. cit., S. 166)

Eine erstaunliche Anzahl der Thesen von Hobson aus den Jahren nach 1900 tauchen in späteren marxistischen Analysen wieder auf. So betont Lenin in einer Schrift von 1916 den Zusammenhang von Monopol und Imperialismus, wenn er auch Hobsons Analyse der Unterkonsumtion verwirft. Andererseits argumentiert die deutsche Revolutionären Rosa Luxemburg (1921 – gemeint ist die „Antikritik – jh/ws), daß die Wurzeln des Imperialismus in der Tat im Unterkonsumtionsproblem liegen, obwohl sie natürlich Hobsons Schlußfolgerungen daraus zurückweist. In neuerer Zeit haben die Marxisten Paul Sweezy und Paul Baran in wichtigen Arbeiten einige Hobsonsche Thesen aufgegriffen, so z. B. die Beurteilung der Gesamtproduktion als vertikal integriertem Sektor, den Begriff des „Surplus“, die Auffassung, daß Monopole ein größeres Surplus zur Folge haben, und vor allem, daß die Abschöpfung des Surplus ein

12 Bleaney (1976), S. 180

13 Ebd., S: 171

immanentes Problem der kapitalistischen Produktion darstellt, welches sich mit der Ausweitung der Monopole verschärft. Diese Theorien werden wir im folgenden diskutieren.

C. *Marxistische Unterkonsumtions- und Disproportionalitätstheorien*

In den frühen Unterkonsumtionstheorien wird das Problem immer an einer zu hohen Akkumulationsrate festgemacht. Wir haben aber gesehen, daß nach dieser Logik jede Akkumulation dazu tendiert, sich selbst aufzuheben. Das führte die Unterkonsumtionstheoretiker unweigerlich zu der Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus zur Stagnation neigt, daß ein eigenständig expandierender Kapitalismus *unmöglich* ist.

Marx zerstörte diese Argumentation restlos. Um das verstehen zu können, müssen wir den Fortschritt der Begrifflichkeit bei ihm näher betrachten.

Wir kennen bereits den *ersten* großen Fortschritt, der darin bestand, sich die Gesamtproduktion in Begriffen zweier großer Abteilungen vorzustellen, mit Produktionsgütern (Abt. I) und Konsumgütern (Abt. II). Das bedeutet, daß das Gesamtprodukt zu jedem Zeitraum aus Produkten beider Abteilungen zusammengesetzt ist. Marx' *zweite* Errungenschaft bestand darin, das Wesen der effektiven Nachfrage klarzustellen. Wie man sich erinnern wird, kannten die Unterkonsumtionstheoretiker grundsätzlich drei Arten der effektiven Nachfrage: Ersatznachfrage, welche Produktionsgüter zurückkauft, um verbrauchte zu ersetzen, Konsumnachfrage der Arbeiter, welche ihren „Anteil“ am Produkt zurückkaufen, und Konsum- und Investitionsnachfrage der Kapitalisten, welche die „Nachfragelücke“ in der Nettoproduktion füllen muß. Marx ging zuerst aus von einem Zeitproblem. Angenommen, der Produktionsprozeß in jeder Abteilung benötigt eine bestimmte Zeitspanne, sagen wir ein Jahr. Dann können also die im Gesamtprozeß verbrauchten Produktionsmittel nicht aus der Produktion dieses Jahres ersetzt werden, da die ersten fertigen Produktionsgüter aus der in diesem Jahr begonnenen Produktion erst am Jahresende vom Band rollen werden. Entsprechend können die in diesem Jahr beschäftigten Arbeiter nicht die Konsumgüter, die sie gerade herstellen, „zurückkaufen“, da diese nicht vor dem Jahresende fertiggestellt sind; genausowenig können die Kapitalisten das konsumieren, was noch nicht verfügbar ist.

Gehen wir zurück zum Jahresanfang. Um das Beispiel möglichst einfach zu halten, nehmen wir an, daß alle im Laufe des Jahres benötigten Produktionsmittel am Jahresanfang gekauft werden (dies dient nur der einfacheren Darstellung). Die Kapitalisten beschließen das gewünschte Niveau der Produktion für das laufende Jahr. Daher kaufen sie eine bestimmte Menge Produktionsgüter und stellen eine bestimmte Anzahl Arbeiter ein; die Arbeiter wiederum beützen ihren Lohn, um Konsumgüter zu kaufen. Gleichzeitig müssen die Kapitalisten eine bestimmte Menge Konsumgüter für ihre eigene persönliche Konsumtion im Laufe des Jahres kaufen. *Beachten wir, daß die effektive Nachfrage ausschließlich von der Kapitalistenklasse getragen wird:* Die Löhne der Arbeiter sind für die Kapitalisten Teil der Bruttogesaminvestitionsausgaben dieses Jahres. Es ist nicht gerechtfertigt, Konsumtion und Investition als

funktionell unabhängig zu betrachten, da die Masse der Konsumtion von den Löhnen kommt, welche selbst notwendiger Teil der Investitionsausgaben sind.

Am Anfang des Jahres ist es also die Kapitalistenklasse, die durch ihre Konsumtions- und Investitionsausgaben die effektive Nachfrage bestimmt. Aber wer verkauft die Waren? Natürlich die Kapitalistenklasse! Der Jahresanfang ist zugleich das Ende des Vorjahres; daher wird zu diesem Zeitpunkt auch das fertige Produkt des vorjährigen Produktionsprozesses verfügbar. Die Produktion des Vorjahres versorgt die Kapitalistenklasse mit dem Warenangebot, das in diesem Jahr verkauft werden kann; die diesjährigen Ausgaben der Kapitalistenklasse für Bruttoinvestitionen und persönlichen Konsum bestimmen die effektive Nachfrage für dieses Warenangebot. Wenn das phantastisch anmutet, muß man sich vor Augen halten, daß die kapitalistische Reproduktion überhaupt phantastisch ist. Produktions- und Konsumtionsentscheidungen werden von Hunderttausenden von Einzelkapitalisten getroffen ohne Rücksicht auf die Reproduktion des Ganzen. Obwohl die Kapitalisten beide Seiten der Angebot-Nachfrage-Beziehung bestimmen, tun sie das nicht als Klasse, sondern als Individuen. Die Schwierigkeit liegt darin, zu erklären, wie die Rechnung überhaupt „aufgeht“. Wir werden in Kürze darauf zurückkommen.

Es ist nicht schwierig, hier anzuknüpfen und zu zeigen, daß ein kontinuierliches Wachstum durchaus möglich ist, wenn die effektive Nachfrage in jedem Jahre gerade ausreicht, das vorhandene Angebot zu „normalen“ Preisen zu kaufen (14). Wenn die Investitionen um 10 % steigen, wächst auch die Produktion um 10 %. Wenn also auch die Konsumtion der Kapitalisten um 10 % wächst, dann steht jeder Jahresproduktion die notwendige effektive Nachfrage gegenüber (15). Seit Marx ist die Möglichkeit eines ausgeglichenen Wachstums allgemein akzeptiert. Ausgeglichenes Wachstum bedeutet, daß Produktionskapazität und effektive Nachfrage etwa gleichschnell wachsen können. Für sich gesehen folgt daraus aber nicht unbedingt, daß der Kapitalismus das auch nur annähernd verwirklichen kann. Ebenso wenig erklärt es uns, wie die Kausalkette verlief, wenn solches Wachstum im Durchschnitt tatsächlich erreicht werden könnte. Dennoch aber stellt die Tatsache einer möglichen gleichgewichtigen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter eine unübersehbare Bedrohung für die Unterkonsumtionstheorien dar. Und im Lichte dieser Bedrohung stoßen wir auf die marxistischen Varianten der Unterkonsumtionstheorie.

Im ersten Band des Kapital zeigt Marx, daß ein Mehrprodukt nur entstehen kann, wenn der gesellschaftliche Gesamtarbeiter mehr Stunden pro Tag arbeitet, als notwendig sind für die Produktion der Güter, die sie selbst zu ihrer Reproduktion brauchen bzw. die als Ersatz für die im Produktionsprozeß verbrauchten benötigt

- 14 Der Leser wird bemerkt haben, daß ich eine Erörterung der „normalen“ Preise und ihrer Bestimmung bei Marx vermieden habe. Ich diskutiere dieses Thema ausführlich in „Marx' Theory of Value and the Transformation Problem“, in: *The Subtle Anatomy of Capitalism*, ed. Jesse Schwartz, Goodyear Pbl. Co., California 1977, pp. 106 - 137.
- 15 (Der Autor geht von den zuvor gemachten Annahmen aus, daß die effektive Nachfrage ausschließlich von den Kapitalisten getragen wird, da ja die Löhne der Arbeiter Teil der Bruttoanlageinvestitionen der Kapitalisten seien. Unter dieser Voraussetzung kann also die Darstellung mit den Marxschen Gleichgewichtsbedingungen einer erweiterten Reproduktion verglichen werden. — jh/ws)

werden. Es ist eben diese, über die zur Aufrechterhaltung ihres eigenen Unterhalts und des Produktionssystems hinausgehende Mehrarbeitszeit, die das von den Kapitalisten angeeignete Mehrprodukt schafft.

Diese Erkenntnisse fand im weit entfernten zaristischen Rußland Resonanz. Hier hatte der Kapitalismus begonnen, die gesellschaftlichen Strukturen zu zerstören, insbesondere den Mir, die uralte Bauerngemeinschaft. Etwa um 1850 stellten einige Populisten die These auf, daß der Mir die Grundlage eines direkten Übergangs zum Kapitalismus bilden könne, ohne daß man die Schrecken der kapitalistischen Industrialisierung durchmachen müsse. Um 1880 hatte der 1. Band des „Kapitals“ den marxistischen Populisten nicht nur eine vernichtende Kritik des Kapitalismus im allgemeinen geliefert, sondern auch – mithilfe einer geringen Extrapolation – eine wichtige theoretische Waffe gegen den Kapitalismus in Rußland (16). Die marxistischen Populisten nahmen Marx Hinweis auf die Bedeutung der Mehrarbeitszeit als Beweis für die Unmöglichkeit der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. In der klassischen Manier der Unterkonsumtionstheorie schlossen sie aus der Tatsache, daß die Arbeiter mehr produzieren, als sie konsumieren, daß der Binnenmarkt nie ein Wachstum ermöglichen würde. Die entwickelten westlichen kapitalistischen Ländern hatten mit den Auslandsmärkten einen Ausweg gefunden; aber Rußland – so argumentierten sie – sei zu unentwickelt, um auf dem Weltmarkt effektiv konkurrieren zu können. Daher sei der Kapitalismus in Rußland nicht lebensfähig. Die Organisation der Bauern sei der Schlüssel zum Sozialismus.

Der zweite Band des „Kapital“ wurde 1885 veröffentlicht, zwei Jahre nach Marx' Tod. Dennoch hielten die marxistischen Populisten noch weitere 15 Jahre lang daran fest, daß „es für ein kapitalistisches Land unmöglich ist, ohne Auslandsmärkte zu existieren“ (17). Zu der Zeit aber hatten die russischen Marxisten ein Gegenargument entwickelt, und mit ihm verbanden sich bedeutende Namen: Bulgakow, Tugan-Baranowsky, Struve und Lenin.

Diese letztere Gruppe von Marxisten kritisierte die populistische Unterkonsumtions-These in zweierlei Hinsicht. Erstens stellten sie fest, es sei eine *Tatsache*, daß sich in ganz Rußland die Kapitalisten und die Warenbeziehungen rapide ausbreiteten. Lenins erstes Buch, „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899) versuchte genau das zu beweisen. Zweitens attackierten Lenin und die anderen die logische Grundlage des populistischen Arguments. Ihr Grundirrtum liege – so sagten sie – in der Annahme, daß im Kapitalismus die Konsumtion der Zweck der Produktion sei. Der Kapitalismus produziere nur für den Profit, nicht für den Konsum, und Marx' Analyse der erweiterten Reproduktion beweise ohne jeden Zweifel, daß diese profitorientierte Produktion durchaus in der Lage sei, ihre eigenen Binnenmärkte zu erzeugen. Unterkonsumtion sei kein immanentes Problem. Der Kapitalismus sei bereits existent, lebensfähig und im Wachstum begriffen, und die Organisation des städtischen Proletariats sei die vordringlichste Aufgabe.

In diesem Streit waren Struve, Bulgakow, Tugan-Baranowsky und Lenin eindeutig die Sieger. Aber ihr Sieg warf nur eine Reihe neuer, viel wichtigerer Fragen auf:

16 Jacoby (1975), S. 5 + 11

17 Ebd., S. 10 (Zitat v. Danielson)

Wenn der Kapitalismus tatsächlich zu einem Wachstum aus sich selbst heraus fähig ist, was hindert ihn daran, ewig weiter zu wachsen? Mit anderen Worten: Wo liegen seine Grenzen? Und wie kann man ferner die verheerenden Krisen verstehen, denen er periodisch unterworfen ist?

Als Antwort darauf vertrat Tugan-Baranowsky die extreme Auffassung, der Kapitalismus sei völlig unabhängig von der Konsumtion, jedenfalls solange die Abteilungen I und II im richtigen Verhältnis zueinander wachsen. Aber – so meint er weiter – bei der gegebenen Anarchie der kapitalistischen Produktion sei dieses ausgeglichene Verhältnis eine Sache des Zufalls. Der „Trial-and-Error“-Charakter der kapitalistischen Produktion verursache demnach periodisch große Ungleichgewichte, die die Reproduktion stören und Krisen verursachen würden. Lenin wandte sich gegen Tugan-Baranowskys Annahme, die Konsumtion sei irrelevant; aber obwohl er die Anarchie der kapitalistischen Produktion als Ursache der Krisen erwähnte, lieferte er keine ausgearbeitete Krisentheorie. Er sollte auf dieses Thema auch nicht wieder eingehen. Etwa zehn Jahre später tauchte die Disproportionalitätstheorie der Krisen in Deutschland wieder auf, diesmal in Rudolf Hilferdings umfassenden Werk über den Monopolkapitalismus. Sowohl Tugan-Baranowsky als auch Hilferding vertraten in der Folge die These: Da die Anarchie des Kapitalismus zu Krisen führe, *könnte eine Planung die Krisen eliminieren*. „Organisierter Kapitalismus“ sei, so Hilferding, die Lösung und der parlamentarische Weg zur staatlichen Kontrolle die Methode (18).

Rosa Luxemburg wollte dieses Ergebnis der Debatte nicht akzeptieren. Als aktive Revolutionärin war sie entschieden gegen den Reformismus, den die Disproportionalitätstheorie zu beinhalten schien. Wenn man erst einmal zugibt, „daß die kapitalistische Entwicklung nicht auf ihren Untergang hin verläuft“, so erklärte sie, „dann sei der Sozialismus nicht mehr objektiv notwendig“. Die Theorie des kapitalistischen Zusammenbruchs aufgeben heiße den wissenschaftlichen Sozialismus aufgeben. Sie versuchte daher, die marxistische Unterkonsumtionsdebatte wiederzubeleben (19).

Da die Marxschen Beispiele für eine Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter (ausgeglichenes Wachstum) sich als der entscheidende Faktor in der früheren Debatte der russischen Marxisten erwiesen hatte, griff Luxemburg diese Beispiele direkt an. Sie räumt ein, daß Marx die theoretische Möglichkeit einer erweiterten Reproduktion zwar eindeutig aufgezeigt habe, jedoch scheine er nicht erkannt zu haben, daß das in der Realität unmöglich sei, da das erforderliche kapitalistische Verhalten vom gesellschaftlichen Standpunkt aus *widersinnig* sei (20). Stellen wir uns vor, daß

18 Ebd., S. 14 - 16

19 Ebd., S. 22 (Jacoby bezieht sich hier offensichtlich auf „Die Akkumulation des Kapitals“: „Es ist klar, daß, wenn man die schrankenlose Akkumulation des Kapitals annimmt (wie Struve, Bulgakow, Tugan Baranowsky – jh/ws), man auch die schrankenlose Lebensfähigkeit des Kapitals bewiesen hat (...). Ist die kapitalistische Produktionsweise imstande, schrankenlos die Steigerung der Produktivkräfte, den ökonomischen Fortschritt zu sichern, dann ist sie unüberwindlich, der Sozialismus hört auf, eine historische Notwendigkeit zu sein.“ (Luxemburg 1966 (1913), S. 296) Da uns i.d.R. die Sekundärliteratur nicht vorlag, haben wir die Zitate im Text rückübersetzen lassen. jh/ws)

20 Bleaney (1976), S. 89

am Ende eines Produktionszyklus das gesamte Sozialprodukt in einem Lagerhaus gesammelt ist. Dann kommen die Kapitalisten und entnehmen einen Teil des Gesamtprodukts, um die im Zyklus verbrauchten Produktionsmittel zu ersetzen, und die Arbeiter kommen und entnehmen ihre Konsumtionsmittel. Übrig bleibt das Mehrprodukt, von dem die Kapitalisten wieder einen Teil für ihren persönlichen Konsum entnehmen. Jetzt fragt Luxemburg: woher kommen die Käufer für das restliche Produkt? Dies ist natürlich wieder das bekannte traditionelle Unterkonsumtionsproblem der „Nachfragerlücke“. Wenn Marx recht hat, sagt sie, dann ist es die Kapitalistenklasse, die den Rest der Produktion aufkauft, um ihn zu investieren und so die Produktionskapazität zu erweitern. Aber das leuchtet nicht ein, denn „wer sind die neuen Konsumenten, für die Produktion immer wieder erweitert werden soll?“ Selbst wenn die Kapitalisten sich so verhalten, wie Marx behauptet, dann sind im nächsten Zyklus die Produktionskapazität und die auftretende Lücke noch größer und das Problem noch schwerer in den Griff zu bekommen. Marx' „Akkumulationsschema gibt keine Antwort auf die Frage, wer von der erweiterten Reproduktion letztlich profitiert . . .“. Eine erweiterte Reproduktion ist zwar theoretisch möglich, aber gesellschaftlich nicht durchführbar (21).

Daraus folgt, daß die tatsächliche kapitalistische Akkumulation nur mit irgendwelchen Kräften außerhalb der „rein“ kapitalistischen Beziehungen erklärt werden kann. Luxemburg bemerkt, daß Malthus' Lösung in Form einer dritten Klasse von nicht produzierenden Konsumenten nicht schlüssig ist, da ihre Revenuen nur aus Profiten oder Löhnen kommen können. Genausowenig bietet der Außenhandel der kapitalistischen Länder untereinander eine Lösung für den Kapitalismus insgesamt, da er innerhalb des Weltsystems stattfindet. Sie kommt daher zu der Auffassung, daß die kapitalistische Akkumulation eine Käuferschicht außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erforderlich macht, welche ständig mehr von ihr kauft, als sie ihr verkauft. Also ist der Handel zwischen der kapitalistischen und der nicht-kapitalistischen Sphäre eine Grundvoraussetzung der historischen Existenz des Kapitalismus, und die Folge davon ist notwendigerweise der Imperialismus, in dem die kapitalistischen Länder um die Kontrolle über diese so wichtigen Quellen der effektiven Nachfrage kämpfen. Überdies wird mit der Ausbreitung des Kapitalismus über die Erde die nicht-kapitalistische Welt zunehmend kleiner, und damit schwindet die Hauptquelle der Akkumulation. Die Tendenz zu Krisen wird stärker, und die Konkurrenz unter den kapitalistischen Ländern um die verbleibenden nicht-kapitalistischen Gebiete verschärft sich. Krisen im Weltmaßstab, Kriege und Revolutionen sind das unausweichliche Ergebnis dieser Entwicklung.

Selbst wenn Luxemburg Recht hätte mit der Unmöglichkeit einer Akkumulation, würde ihre Lösung nicht funktionieren, da die „Dritte Welt“ ständig mehr kaufen als verkaufen müßte. Woher aber sollten die zusätzlichen Revenuen kommen?

Tatsächlich aber sieht sie auch die Möglichkeit einer Akkumulation falsch. Um das zu verstehen, müssen wir kurz zu der am Anfang dieses Abschnitts dargestellten Analyse zurückkehren. Erinnern wir uns, daß am Ende des Produktionszyklus

21 Ebd., S. 193 (Bleaney bezieht sich hier auf das 26. Kapitel der „Akkumulation . . .“ (Luxemburg 1966, S. 318 ff.) – jh/ws)

die Kapitalisten im Besitz des gesamten Sozialprodukts sind. Gleichzeitig sind ihre Bruttoinvestitionen und persönlichen Konsumausgaben die ursprünglichen Quellen der effektiven Nachfrage nach diesem Produkt (da die Löhne der Arbeiter Teil der Gesamtinvestitionen sind). Abgesehen von ihrer eigenen persönlichen Konsumtion sind ihre übrigen Ausgaben (Bruttoinvestitionen) keineswegs an der Konsumtion als solcher orientiert. Sie sind ausschließlich an Profiterwartungen orientiert. Nun zeigen die Beispiele von Marx, daß die Kapitalisten bei einer angemessenen Investitionshöhe in der Lage wären, ihr Produkt zu verkaufen und *die erwarteten Profite zu machen*. Wenn dieser Erfolg sie wiederum zu neuen Investitionen in Erwartung noch höherer Profite veranlaßt, würden sie wiederum belohnt werden, usw. Während dieser Zeit würde sich die Konsumtion ausweiten aufgrund steigender Beschäftigung von Arbeitern und wachsenden Reichtums der Kapitalisten. Aber diese Ausweitung der Konsumtion wäre das Resultat, nicht die Ursache (22).

Wenn das auch Luxemburgs Kritik der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter widerlegt, so beantwortet es noch nicht die beiden zentralen Fragen, von denen sie ausging. Erstens, welche Kräfte – wenn überhaupt – ermöglichen tatsächlich eine erweiterte Reproduktion? Und zweitens, stimmt es, daß, wenn eine erweiterte Reproduktion tatsächlich möglich ist, „sich die kapitalistische Entwicklung nicht auf ihren Untergang hin bewegt?“

Was die Theorie diskutiert, entscheidet die Wirklichkeit. Im Jahre 1929 brach eine alles verwüstende weltweite Krise des Kapitalismus aus, gefolgt von mehr als zehn Jahren tiefer Depression und Arbeitslosigkeit. Auf diesem Hintergrund rückten die Probleme der kapitalistischen Reproduktion schnell wieder in den Mittelpunkt.

Den ersten größeren Versuch, die Unterkonsumtionstheorie wieder für die Erklärung heranzuziehen, unternahm Paul Sweezy in seinem einflußreichen Buch „Die Theorie der kapitalistischen Entwicklung“ (1942). Sweezy ging es explizit darum, eine Unterkonsumtionstheorie zu formulieren „frei von den Einwänden, die gegen frühere Versionen vorgebracht wurden“ (23). In diesem frühen Stadium ist Sweezy noch sehr unter dem Einfluß der traditionellen unterkonsumtionstheoretischen Vorstellung, daß die Nachfrage nach Konsumgütern die gesamte Produktion reguliert. Aus dieser Sicht erscheint die Abteilung I als Teil des vertikal integrierten Produktionsapparats der Abteilung II, so daß Veränderungen des Produktionsniveaus der Abteilung I (Produktionsgüter) im wesentlichen Veränderungen in der *Kapazität* der Konsumgüterproduktion bedeuten. Darüberhinaus argumentiert Sweezy, daß eine 1%ige Veränderung in der Produktion der Abteilung I die Produktionskapazität der Konsumgüterproduktion um 1 % anhebt. Dies ist im Grunde eine Wiederholung der

- 22 Wenn man den Band I des „Kapitals“ kennt, wird man sich erinnern, daß Marx zwei verschiedene Kreisläufe von Kauf und Verkauf unterscheidet: W-G-W und G-W-G'. Im ersten geht es um die Konsumtion, im zweiten um die Erweiterung des Kapitals. In der kapitalistischen Produktion ist letzterer der ausschlaggebende Kreislauf.
- 23 Sweezy (1942), S. 179 (deutsch 1959; vgl. dort S. 140): „Wenn die Unterkonsumtionstheorie wieder Prestige gewinnen und einen Platz unter den bedeutenden und akzeptierten Prinzipien der Marxschen Theorie einnehmen soll, scheint es klar, daß eine sorgfältige Formulierung notwendig ist, gegen die man die gegen die früheren Versionen geltend gemachten Einwände nicht erheben kann.“ – jh/ws)

bereits diskutierten Theorie von Hobson.

Betrachten wir jetzt die effektive Nachfrage, die sich – wie wir gesehen haben – zusammensetzt aus der Konsumtion der Kapitalisten und den Gesamtinvestitionsausgaben (wobei die letzteren wiederum zusammengesetzt sind aus Ausgaben für die Produktionsmittel und die Beschäftigung von Arbeitern). Sweezy stellt fest, daß im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus die Mechanisierung zunimmt und immer mehr Maschinen benötigt werden, um einen Arbeiter zu beschäftigen; das bedeutet, daß die Investitionsausgaben der Kapitalisten für Produktionsgüter schneller wachsen als für Löhne. *In seiner Analyse der Produktion* bedeuten die Investitionsausgaben für Produktionsgüter ein entsprechendes Anwachsen der Kapazität der Konsumgüterproduktion, wohingegen die langsamer wachsenden Ausgaben für Löhne sich natürlich auf die Konsumtion der Arbeiter auswirken. Danach scheint also die Kapazität der Produktion von Konsumgütern schneller anzuwachsen als die Konsumnachfrage der Arbeiter. Es eröffnet sich eine „Nachfragelücke“. Natürlich könnte die Konsumtion der Kapitalisten diese Lücke schließen. Aber mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus tendieren die Kapitalisten dazu, einen immer größeren Teil ihrer Profite zu investieren und entsprechend weniger zu konsumieren, so daß also ihre Konsumtion hinter der Produktionskapazität der Abteilung II zurückbleibt. Sweezy folgert daraus:

„... daß das Wachstum der Konsumtion die ihm innewohnende Tendenz hat, hinter dem Wachstum im Ausstoß der Konsumgüter zurückzubleiben. Wie wir schon gezeigt haben, kann sich diese Tendenz entweder in Krisen oder in Stagnation oder in beiden ausdrücken.“ (Sweezy (1942), p. 183, hier deutsch: (1959), S. 143)

Der Grundfehler von Sweezys Analyse ist der traditionelle Fehler der Unterkonsumtionstheoretiker, die Abteilung I nur als „Input“ für die Abteilung II anzusehen. Aus dieser Annahme folgt notwendig, daß ein Ansteigen der Produktion von Produktionsgütern die Kapazität der *Konsumgüter*produktion vergrößern muß. Aber das ist nicht richtig: Produktionsgüter können auch für die Produktion von Produktionsgütern verwandt werden, und wie wir in der Kritik an Luxemburg feststellten, *erfordert* die erweiterte Reproduktion eine solche Verwendung. Im Gegensatz zu Seezys Auffassung ist es durchaus möglich, bei einer angestiegenen technischen Zusammensetzung des Kapitals (Verhältnis von Rohstoffen und Maschinen zur angewandten Arbeit) und einem proportionalen Anwachsen der Produktion in beiden Abteilungen *trotzdem eine erweiterte Reproduktion zu erhalten*.

Sweezys zweiter Versuch, diesmal zusammen mit Paul Baran, findet sich zwanzig Jahre später im „Monopolkapital“. Wir haben gesehen, daß Sweezy bei seinem ersten Versuch behauptet hatte, daß der Kapitalismus eine immanente Tendenz habe, die Produktionskapazität der Abteilung II schneller zu vergrößern als die Konsumnachfrage. In „Monopolkapital“, geschrieben im Licht von Marx, Keynes und Kalecki, beschränkt er sich nicht mehr nur auf die Abteilung II oder die Konsumnachfrage. vielmehr wird hier behauptet, daß der moderne Kapitalismus eine Tendenz habe, die gesamte Produktionskapazität schneller als die aus sich heraus erzeugte effektive Nachfrage zu erweitern – so daß *ohne die Einwirkung äußerer Faktoren* „der Monopol-Kapitalismus immer tiefer in den Sumpf chronischer Depression sinken

würde“ (24).

Aus dieser Diagnose ergibt sich, daß „die ziemlich lange Periode, in der der kapitalistische Akkumulationsprozeß kräftig expandierte . . . und in der die Nachfrage nach Arbeitskräften schnell anstieg und die Produktionskapazitäten voll oder doch nahezu voll ausgelastet waren“, mit äußeren Faktoren erklärt werden müssen (25). So verweisen Baran und Sweezy auf größere Innovationen (Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Automobile), imperialistische Expansionen und Kriege sowie allgemeine Stimulierung der Nachfrage durch Werbung, Regierungspolitik usw. als zentrale Faktoren der Überwindung des immanenten stagnierenden Charakters des Monopolkapitalismus.

Die behauptete Gleichsetzung von Monopolen mit langsamem Wachstum und Überkapazität ist nicht neu. Wir werden sehen, daß viele Theorien diesen Zusammenhang zu erklären versuchen. Barans und Sweezys besondere Leistung ist die Theorie, daß diese Phänomene aus der andauernden Tendenz des Monopolkapitalismus zur *Überschneidung* der Produktionskapazität entstehen, welche zu Krisen und/oder Stagnation führen. Wir wollen versichern, die logische Grundlage dieser Argumentation herauszuarbeiten.

Wir erinnern uns, daß in Marx' Analyse die Gesamtinvestitionen und Konsumausgaben *der Kapitalisten* die effektive Nachfrage bestimmen (wobei die Gesamtinvestitionen die Lohnkosten einschließen, welche ihrerseits die Konsumtion der Arbeiter bestimmen). Ferner ist, insofern die persönliche Konsumtion der Kapitalistenklasse mehr oder weniger passiv von früheren und gegenwärtigen Profiten abhängt, die Gesamtinvestition in der Tat die zentrale Variable. Nehmen wir jetzt an, daß zu Beginn eines Jahres die gesamten Investitionsausgaben für die Produktion des kommenden Jahres ausreichen, um die Produktionskapazität zu erweitern, nicht aber, um das gesamte vorhandene Sozialprodukt zu kaufen. Dann haben die Kapitalisten einerseits eine Ausweitung ihrer zukünftigen Produktionskapazität begonnen, während sie andererseits selbst für ihre jetzige Kapazität keine ausreichende Nachfrage finden.

Bei der Anarchie der kapitalistischen Produktion dürfen wir dieses Ergebnis relativ häufig erwarten. Die Frage ist nur, handelt es sich hier lediglich um einen Aspekt der normalen Fluktuationen der kapitalistischen Reproduktion oder ist es mehr? Marx hat zum Beispiel behauptet, daß die Kapitalisten bestrebt sind, so schnell wie objektiv möglich zu akkumulieren, so daß eine Diskrepanz wie die oben erwähnte sich wahrscheinlich selbst korrigieren würde (26).

24 Baran und Sweezy (1966), S. 108 (deutsch: 1967, S. 109)

25 Sweezy (1975), S. 2

26 Das bedeutet, daß die potentielle Profitrate $\frac{m}{c+v}$ die Akkumulationsrate determiniert

und außer in Krisenzeiten diese potentielle Profitrate auch realisiert wird. Daher nimmt die Bewegung der potentiellen Profitrate in Marx' Analyse eine so wichtige Stellung ein. Wir werden im nächsten Abschnitt näher darauf eingehen.

In Marx' Terminologie vergegenständlicht sich die den Arbeiter tatsächlich abgepreßte Arbeit im Produkt. Mehrwert wird also nur in dem Maße vergegenständlicht, wie tatsächlich Mehrarbeit geleistet wird. Der Kapitalist muß dann das eigentliche Produkt durch Verkauf

Wenn man aber davon ausgehen könnte, daß in *jeder* Periode die Investitionen tendenziell im oben beschriebenen Rahmen bleiben – groß genug für die Ausweitung der Kapazität, nicht aber, um die Produktion der vorhergehenden Periode zu kaufen –, dann würde die Produktionskapazität natürlich der effektiven Nachfrage davonlaufen und das System sähe sich einer Nachfragelücke gegenüber bzw. einem „Realisierungsproblem“. Genau dieses Argument liegt Barans und Sweezys Annahme zugrunde, daß der (potentielle) Surplus schneller wächst als die Aufnahmefähigkeit des Systems. Doch obwohl sie im Monopol eine Hauptursache für dieses Problem sehen, erläutern sie nicht, warum die Monopolisten angesichts einer unzureichenden Nachfrage weiterhin ihre Kapazitäten überausweiten würden. Das zentrale Moment ihrer gesamten Theorie bleibt also unerklärt. Erik Olin Wright weist in seinem kürzlich veröffentlichten Überblick über marxistische Krisentheorien auf diese entscheidende Schwäche hin:

„Es ist die größte Schwäche dieser Position zur Unterkonsumtion, daß ihr eine Theorie der Determinanten der tatsächlichen Akkumulationsrate fehlt . . . Ein Großteil der Unterkonsumtionstheoretiker optiert (zumindest implizit) für Keynes' Lösung dieses Problems, indem sie sich auf die persönlichen Profiterwartungen der Kapitalisten als Hauptfaktor für die Akkumulationsrate konzentrieren. Aus marxistischer Sicht ist das keine ausreichende Erklärung. Ich habe bis jetzt noch bei keinem marxistischen Unterkonsumtionstheoretiker eine entwickelte Theorie der Investitionen und der Akkumulationsrate gefunden, deshalb bleibt die Theorie derzeit unvollständig.“ (Wright (1977), S. 215 - 216)

Baran und Sweezy gehen in ihrem Buch auf Beiträge von Joan Robinson, Michael Kalecki und Joseph Steindl ein. Da diese Autoren ebenfalls wichtige Vertreter der links-keynesianischen Tradition sind, wollen wir die Implikationen ihrer jeweiligen Analysen für unser Problem der Krisen herausarbeiten.

Sowohl in der Keynesischen als auch in der Marxschen Analyse sind die Investitionen entscheidend. In der Keynesianischen Theorie liegt die Betonung vor allem auf den kurzfristigen Determinanten der Investitionsentscheidungen. Soweit die oben genannten Autoren deshalb die Investitionsentscheidungen diskutieren, setzen sie sich in erster Linie mit den kurzfristigen und nur sekundär mit den langfristigen strukturellen Veränderungen auseinander. Joan Robinson geht in ihren frühen Arbeiten nur nebenbei auf strukturelle Veränderungen ein, während ihre späteren Arbeiten vor allem auf Kalecki basieren (27). Wenn Kalecki seinerseits kurz auf die langfristigen Veränderungen eingeht, nimmt er einfach an, daß der Kapitalismus ohne die

in Geld verwandeln, um die Früchte seiner Ausbeutung realisieren zu können. Wenn nicht das gesamte Mehrprodukt verkauft wird, dann wird ein Teil des von den Kapitalisten angelegten Mehrwerts nicht als Profit realisiert. Die realisierte Profitrate ist dann kleiner als $c/3v$, die produzierte oder potentielle Profitrate. In diesem Sinne existiert ein „Realisierungsproblem“ nur insoweit, wie die Kapitalisten tatsächlich produzierte Waren nicht zu normalen Preisen verkaufen können. In den Schriften der Unterkonsumtionstheoretiker jedoch bezeichnet der Begriff „Realisierungsproblem“ meistens eine Diskrepanz von potentieller und tatsächlicher Produktion. Nach Marx hängt dieses letztere Problem damit zusammen, daß mit der Entwicklung des Kapitalismus die Erfordernisse der Produktion von Profit immer mehr mit den Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Produktion in Konflikt geraten.

27 Bleaney (1976), S. 225

Einwirkung äußerer Faktoren zur Stagnation tendiert. Demnach sind Innovationen der wichtigste Faktor für die Ausweitung der Investitionen über das zur Reproduktion des Systems notwendige Niveau hinaus, und er ist der Meinung, die abnehmende Intensität der Innovationen im Monopolkapitalismus sei verantwortlich für das derzeitige langsame Wachstum (28). Das alles ist aber ziemlich unvollständig, und in seiner letzten größeren Arbeit (1968) betont Kalecki, daß eine ausreichende Erklärung der langfristigen Determinanten der Investition noch ausstehe (29).

Steindl schließlich konstatiert zuerst einmal die Unvollständigkeit von Kaleckis langfristiger Analyse und versucht diese Schwäche zu beheben. In letzter Instanz ist jedoch auch er gezwungen, eine abnehmende Intensität der Innovationen als wichtigsten Faktor für das verlangsamte Wachstum des modernen Kapitalismus anzunehmen, obwohl er betont, daß die Monopole diesen Effekt verschärfen. Wie zuvor Kalecki, kommt auch er zu dem Schluß, daß eine ausreichende Erklärung bis jetzt nicht gefunden ist (30). Es ist also kein Wunder, daß Baran und Sweezy ihre eigene Beurteilung des Problems vorziehen.

IV. Kapitalismus als sich selbst beschränkende Akkumulation von Kapital

Die radikalen und marxistischen Unterkonsumtionstheoretiker konzentrieren sich zumeist auf die effektive Nachfrage als begrenzenden Faktor der kapitalistischen Akkumulation. In Marx' eigener Analyse ist die effektive Nachfrage jedoch kein immanentes Problem. Im Gegenteil, nach seiner Auffassung sind die Kapitalisten bestrebt, so schnell wie möglich zu akkumulieren, so daß erweiterte Reproduktion und nicht Stagnation das System charakterisiert. Das bedeutet nicht, daß der Akkumulationsprozeß reibungslos verläuft oder daß nicht partielle Krisen auftreten können aufgrund von Mißernten etc. Auf jeden Fall bedeutet es aber, daß die Grenzen des Akkumulationsprozesses nicht aus ungenügender Nachfrage resultieren. Heißt das aber, wie Rosa Luxemburg so überzeugend behauptet, daß man bei Ablehnung der Unterkonsumtionstheorie auf dem Standpunkt stehen muß, die Akkumulation (und damit der Kapitalismus selbst) sei durchaus zu unbegrenzter Ausweitung fähig? Durchaus nicht. Nach Marx sind die Grenzen der Akkumulation im Akkumulationsprozeß selbst zu suchen. „Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*.“ (31)

Die kapitalistische Akkumulation ist an der Profitabilität orientiert. Nach Marx verringert die Akkumulation aber zunehmend die Profitabilität, so daß sie sich tendenziell selbst unterminiert. Dies ist das berühmte Gesetz von der fallenden Tendenz der Profitrate, welches uns gleich beschäftigen wird. Gleichzeitig beinhaltet die Akkumulation eine Ausweitung der kapitalistischen Produktionsbeziehungen und ein Anwachsen des Proletariats und seiner Macht.

28 Ebd., S: 245 - 248

29 Vgl. Steindl (1976), S. xcii, Fußnote 7

30 ebd., S. xv - xvi

31 Marx, Kapital III (MEW 25; 1964), S. 260

Abnehmende Profitabilität bedeutet abnehmende Akkumulationsraten und Verschärfung der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander (national und international) um die Märkte, Rohstoffe und billige Arbeitskraft. Mit der Eliminierung der schwächeren Kapitale steigt die ökonomische Konzentration und Zentralisation des Kapitals (d. h. „Monopole“). Ferner sind die Kapitalisten immer stärker gezwungen, die Löhne zu verringern, entweder direkt durch Mechanisierung oder den Import billiger Arbeitskraft und/oder durch den Kapitalexport in ärmere Länder. Gleichzeitig nimmt die Arbeiterklasse zahlenmäßig immer mehr zu und die kollektive Erfahrung des Kampfes gegen den Kapitalismus wächst. Den Angriffen des Kapitals auf die Arbeiter wird immer mehr Widerstand und (auf lange Sicht) ein ‚Gegenangriff‘ entgegengesetzt. Der Klassenkampf verschärft sich.

Dabei muß unbedingt beachtet werden, daß die Tendenz zur sinkenden Profitabilität (wie von Marx analysiert) nicht durch die hohen Löhne *verursacht* wird, obwohl steigende Löhne sie durchaus verstärken können. Das heißt, daß die periodischen Krisen, die aus der abnehmenden Profitabilität entstehen, nicht den Forderungen oder dem Widerstand der Arbeiter angelastet werden können, obwohl die verschiedenen historischen Stufen und politischen Situationen natürlich die Art und Weise beeinflussen, wie das System insgesamt auf die einzelnen Krisen reagiert. Solange jedoch die kapitalistischen Beziehungen dominieren, werden diese allgemeinen Tendenzen sich weiter durchsetzen. Dementsprechend betont Marx, daß die Aufgabe des Proletariats nicht ist, dem Kapital Widerstand zu leisten, sondern es zu stürzen.

Diese kurze Darstellung sollte gezeigt haben, daß zunehmende „Monopole“, sinkende Akkumulationsraten und verschärfte Klassenkämpfe eher als Auswirkungen der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung verstanden werden können denn als Faktoren, die neue Gesetzmäßigkeiten entstehen lassen — wie z. B. bei Baran und Sweezy (32). Da das Gesetz der sinkenden Profitabilität für diese Erklärung zentrale Bedeutung hat, müssen wir es im einzelnen näher diskutieren.

A. *Marx' Theorie der fallenden Profitrate*

In den meisten Gesellschaften werden Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit und Abzug von Mehrarbeit gesellschaftlich reguliert, durch Tradition, Gesetz und Gewalt. In der kapitalistischen Gesellschaft werden die produktiven Tätigkeiten von einzelnen Kapitalisten privat und zum Zwecke der Profitmacherei unternommen. Die gesellschaftliche Reproduktion ist kein explizites Anliegen und trotzdem muß sie stattfinden und findet auch statt. Oberflächlich gesehen sind es die Geldpreise und Profite, welche den (all-) täglichen „Feedback“ liefern, der die Entscheidungen der

32 Es ist übrigens interessant, daß, wenn die Kapitalisten als Resultat der abnehmenden Profitabilität ihre Investitionsausgaben einschränken, ein Teil des zur Verfügung stehenden Produkts nicht verkauft wird, und es den Anschein haben wird, als sei die Krise durch fehlende effektive Nachfrage, durch „Unterkonsumtion“, verursacht. Aber in Wirklichkeit ist die „Unterkonsumtion“ nur eine Reaktion auf die Krise der Profitabilität. Sie ist Symptom, nicht Ursache.

Kapitalisten bestimmt. Aber nach Marx ist es in Wirklichkeit die gesamte in die Produktion von Waren eingebrachte Arbeitszeit (Arbeitswerte), welche auch die Preisphänomene reguliert. Diese Bestimmung von Preisen und Profiten durch Arbeitswerte und Mehrwert stellt in der Tat die Art und Weise dar, in der sich die gesellschaftlichen Erfordernisse der Reproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft darstellen müssen. Wir werden uns von nun an direkt mit Arbeitswerten und Mehrwert beschäftigen, da sie die wirklich regulierenden Elemente sind.

Im Arbeitsprozeß benutzen die Arbeiter Arbeitsinstrumente (Fabrik und Ausrüstung), um die Rohstoffe in Fertigprodukte zu verwandeln. Daher besteht die gesamte für das Fertigprodukt erforderliche Arbeitszeit aus zwei Teilen: erstens der *verbrauchten*, in den Produktionsmitteln (Rohstoffe, Fabrik und Ausrüstung) *enthaltenen* Arbeitszeit; zweitens der von den Arbeitern im Arbeitsprozeß selbst verausgabten lebendigen Arbeitszeit. Marx nennt das erste Element „konstantes Kapital“ (C), da es im Endprodukt wieder erscheint, und das zweite „durch lebendige Arbeit hinzugefügten Wert“ (L) (33). Der Gesamtwert der Arbeit ist daher bei jedem Fertigprodukt = C+L. Ein Teil des Fertigprodukts ist nur das Äquivalent für die verbrauchten Produktionsmittel. Sein Arbeitswert ist daher C, da dies der Arbeitswert der tatsächlich verbrauchten Produktionsmittel ist. Übrig bleiben einmal das Nettoprodukt (Wertprodukt), das zum anderen nichts anderes als den durch die lebendige Arbeit hinzugefügten Wert repräsentiert. Das Nettoprodukt ist das stoffliche Äquivalent der verausgabten Arbeitszeit (L).

Wenn es ein Mehrprodukt geben soll, dann darf nur ein Teil des Nettoprodukts die von den Arbeitern verbrauchten Konsumgüter ersetzen. Der durch lebendige Arbeit hinzugefügte Wert (L) setzt sich daher aus zwei Teilen zusammen, von denen sich der eine auf den Arbeitswert des Konsumtionsprodukts der Arbeiter bezieht (V) und der andere auf den Arbeitswert des Mehrprodukts (M). Mit anderen Worten: Es ist die Differenz zwischen der von den Arbeitern tatsächlich verausgabten Arbeitszeit (L) und der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeitszeit (V) – also die Mehrarbeitszeit (M) –, welche das Mehrprodukt und damit die Profite ermöglicht: $M = L - V$. Die Aufteilung der lebendigen Arbeitszeit in notwendige (V) und Mehrarbeitszeit (M) ist daher die verborgene Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft. Marx nennt das Verhältnis $\frac{M}{V}$ „die Rate des Mehrwerts“ oder „die Rate der Exploitation“. Ceteris paribus gilt also: je höher die Exploitationsrate, desto größer der Mehrwert und somit der Profit.

Die von den Arbeitern tatsächlich geleistete Arbeit (L) wird von der Dauer des Arbeitstages bestimmt. Andererseits ist die zu ihrer Reproduktion notwendige Zeit (V) sowohl von der Menge der von ihnen konsumierten Waren bestimmt als auch von der Arbeitszeit, die zur Produktion dieser Waren erforderlich ist. Die Masse des Mehrwerts (M) und die Exploitationsrate ($\frac{M}{V}$) können daher auf zwei Wegen gesteigert

33 (Das Symbol „L“ steht für „v + m“; da es in der deutschen Diskussion keine entsprechende Abkürzung für die verausgabte lebendige Arbeitszeit gibt – sieht man von dem in der bürgerlichen Diskussion gebräuchlichen Symbol „Y“ (Volkseinkommen, das ungefähr dem Wertprodukt entspricht) ab – wird in der Darstellung „L“ weiterhin benutzt =jh/ws)

werden: entweder direkt, indem man den Arbeitstag verlängert, so daß die Mehrarbeitszeit direkt anwächst, oder indirekt, indem man die notwendige Arbeitszeit V verringert, so daß ein größerer Teil des gegebenen Arbeitstages als Mehrarbeitszeit verausgabt wird. Die letztere Methode der Steigerung von M und $\frac{M}{V}$ erfordert entweder eine Herabsetzung der Reallöhne der Arbeiter oder Steigerung der Produktivität ihrer Arbeit, wodurch sie weniger Zeit für die Produktion ihrer Konsumtionsmittel aufwenden müssen, oder beides.

Die Kapitalisten erproben ständig alle möglichen Methoden zur Steigerung der Exploitationsrate. Aber im Laufe der Zeit hat die wachsende Stärke der Arbeiterklasse die Versuche, den Arbeitstag zu verlängern und/oder den Reallohn zu senken, stark beschnitten. So ist die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zum hauptsächlichsten Mittel der Steigerung der Exploitationsrate geworden. Aber nach Marx ist es das Paradoxe am Kapitalismus, daß die Mittel, die die Exploitationsrate steigern, auch die Profitrate senken. *Die steigende Produktivität der Arbeit manifestiert sich im Fall der Profitabilität des Kapitals.*

Die Mehrwertrate $\frac{M}{V}$ drückt die Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeitszeit aus. Sie mißt den Exploitationsgrad der produktiven Arbeiter. Aber für die Kapitalisten ist der Grad der Profitabilität des Kapitals das entscheidende Moment. Von ihrem Standpunkt aus investieren sie Geld in die Produktionsmittel (C) und Arbeiter (V) mit dem Ziel, Profit zu machen (M). Die Gesamtsumme des Profits (M) bezogen auf ihre Investition ($C + V$) ist der kapitalistische Erfolgsmaßstab. Mit anderen Worten, es ist die Profitrate $\frac{M}{C + V}$, welche die Akkumulation von Kapital reguliert.

Das Paradoxe liegt in folgendem: In ihren dauernden Kämpfen gegeneinander (34) werden einzelne Kapitalisten ständig dazu gezwungen, die Durchschnittskosten zu senken, um gegenüber ihren Konkurrenten einen Vorteil zu gewinnen. Wenn es um den Erfolg im Absatzkampf geht, ist jedes Mittel recht, das die Durchschnittskosten verringert. Aber die Kapitalisten sind auch fortwährend in einen weiteren Kampf um die Produktionsbedingungen auf der Ebene des Arbeitsprozesses. Und hier gilt, daß die *Mechanisierung* als Hauptmittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität eingesetzt wird und somit zur Senkung der Durchschnittskosten führt. Kapitalisten stellen Arbeiter für eine bestimmte Periode ein, und ihr Ziel ist, das Maximum an möglicher Produktivität während des Arbeitsprozesses mit möglichst niedrigem Kostenaufwand aus ihnen herauszupressen. Das schließt nicht nur Kämpfe um den Reallohn und die Dauer und Intensität des Arbeitstages, sondern auch über Art und Charakter des Arbeitsprozesses selbst ein. Von Anfang an haben die Kapitalisten danach getrachtet, den Arbeitsprozeß zu „perfektionieren“, indem sie ihn in zunehmend spe-

34 Diese Kämpfe nennt Marx die „Konkurrenz der Kapitale“. Aber dieser Gebrauch des Begriffes Konkurrenz bedeutet nicht „vollständige Konkurrenz“ im Gegensatz zum „Monopol“. Bei Marx schließen die zunehmende Konzentration und Zentralisation von Kapitalen eine heftigere „Konkurrenz zwischen den Kapitalen“ um immer weitere Teile der Erde ein. Die sogenannte „monopolistische“ Phase des Kapitalismus hebt die Konkurrenz daher nicht auf, sondern intensiviert sie noch.

zialisierte und routinisierte Funktionen unterteilen. Mit der kapitalistischen Kontrolle über den Arbeitsprozeß wurde die menschliche produktive Tätigkeit immer stärker mechanisiert und automatisiert. Daher ist es nicht überraschend, daß die mechanisierten menschlichen Funktionen zunehmend durch Maschinen selbst ersetzt werden. Während Maschinen einige menschliche Funktionen übernehmen, werden andere Funktionen noch mehr der Tyrannei der Mechanisierung unterworfen, bis auch einige von ihnen durch Maschinen ersetzt werden, usw. (35).

Die Tendenz zur Mechanisierung ist daher die vorherrschende kapitalistische Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität. Sie ergibt sich aus der kapitalistischen Kontrolle über den Arbeitsprozeß, über die menschliche produktive Tätigkeit. Daher sind weder der wachsende Widerstand der Arbeiter noch der Anstieg der Reallöhne die eigentlichen Beweggründe für die Mechanisierung, obwohl sie diese Tendenz sehr wohl beschleunigen können.

Zunehmende Mechanisierung bewirkt – so Marx – eine steigende technische Zusammensetzung des Kapitals. Immer größere Mengen von Produktionsmitteln und Rohstoffen werden von einer gegebenen Anzahl von Arbeitern in Bewegung gesetzt. Nach Marx schließt dies wiederum ein, daß der gesamte Arbeitswert des Endprodukts ($C + L$) immer mehr durch die verbrauchten Produktionsmittel und immer weniger durch lebendige Arbeit bestimmt wird. Mit anderen Worten reflektiert die steigende technische Zusammensetzung in Wertausdrücken ein steigendes Verhältnis von „toter zu lebendiger Arbeit“, von C zu L .

Wie wir gesehen haben, ist die Profitrate $\frac{M}{C+V}$. Aber $M = L - V$, da die Mehrarbeitszeit M gleich der Zeit ist, die die Arbeiter tatsächlich verausgaben (L) *minus* der Zeit, die für ihre Reproduktion notwendig ist (V). Selbst wenn die Arbeiter also „nur von Luft leben“ ($V = 0$), kann der maximale Wert von M nur gleich dem Neuwert $M_{\max} = L$ und die maximale Profitrate höchstens $\frac{M_{\max}}{C} = \frac{L}{C}$ sein. Daraus folgt, daß $\frac{L}{C}$, die obere Grenze der Profitrate ist, während die untere natürlich Null ist. Wenn nun eine steigende technische Zusammensetzung sich tatsächlich als ein zunehmendes Verhältnis $\frac{C}{L}$ reflektiert – also ein abnehmendes Verhältnis $\frac{L}{C}$ –, dann wird die tatsächliche Profitrate zunehmend zwischen einer fallenden oberen Grenze und einer festen unteren Grenze eingeklemmt, so daß sie sich in einer *fallenden Tendenz* ausdrücken muß. Das ist die fallende Tendenz der Profitrate bei Marx (36).

Die oben beschriebene fallende Tendenz ist unabhängig davon, auf welche Weise der Neuwert zwischen V und M aufteilt wird und daher unabhängig von der

-
- 35 Eine hervorragende Analyse des modernen Arbeitsprozesses findet sich in Harry Bravermanns „Labor and Monopoly Capital“, Monthly Review Press, New York 1974 (Frankfurt a.M./New York 1977)
- 36 (Die hier und im folgenden geführte Argumentation ist in der westdeutschen Diskussion ausführlich dargestellt bei H. Holländer (Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Marxens Begründung und ihre Implikationen, in: Mehrwert Nr. 6, 1974) und bei G. Stamatis (Zum Beweis der Koexistenz des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, in: Prokla Nr. 25, 1976) Dort finden sich auch weitere Literaturhinweise – jh/ws)

Exploitationsrate $\frac{M}{V}$. In der Tat, wenn der Reallohn der Arbeiter konstant bleibt, würde die aufgrund von Mechanisierung steigende Arbeitsproduktivität fortwährend $\frac{M}{V}$ steigern; je größer die Arbeitsproduktivität, desto weniger Zeit benötigen die Arbeiter, um eine gegebene Menge von Konsumgütern zu produzieren, so daß ein größerer Anteil eines gegebenen Arbeitstages zur Mehrarbeitszeit wird. Selbst wenn die Reallöhne wirklich ansteigen, wird – solange sie weniger schnell wachsen als die Produktivität – die Exploitationsrate trotzdem immer noch steigen. So ist es durchaus möglich, gleichzeitig einen steigenden Reallohn und eine steigende Exploitationsrate zu haben. Das ist sogar nach Marx der Normalfall, nämlich mit der Begründung, daß die Arbeiter niemals alle Produktivitätszuwächse der Mechanisierung erhalten könnten, ohne die Akkumulation zu stoppen und somit die goldene Gans zu schlachten (37). Für Marx bewegt sich daher der Kampf um die Reallöhne *innerhalb bestimmter objektiver Grenzen*, jenen Grenzen, die durch die Kapitalakkumulation gesetzt sind. Diese Grenzen sind dem Kapitalismus selbst immanent und können nur durch seine Überwindung überschritten werden.

Fast alle marxistischen Kommentatoren sehen es als Tatsache an, daß die Mechanisierung eine überwältigende Realität kapitalistischer Produktionsweise ist. Eine wichtige Interpretationsrichtung jedoch ordnet die Mechanisierung nicht der kapitalistischen Kontrolle des Arbeitsprozesses zu, wie Marx es tut, sondern eher der Reaktion des Kapitals auf den wachsenden Arbeiterwiderstand und/oder die (langfristig) steigenden Reallöhne. Typischerweise beginnen sie mit der Postulierung eines Anstiegs der Reallöhne unter den gegebenen Produktionsbedingungen, was zu einem Fall der Profitrate führt, der wiederum die Kapitalisten veranlaßt, mehr Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen. Aus dieser Sicht sind natürlich die Mechanisierung und der sie begleitende Anstieg der Arbeitsproduktivität die grundlegenden Mittel für die *Steigerung* der Profitabilität, während steigende Löhne dahin tendieren, sie zu vermindern. Abhängig davon, welcher Faktor vorherrscht, so sagen sie, kann sich die Profitrate in beide Richtungen bewegen (38). Beispielsweise vertreten Paul Sweezy und Maurice Dobb diesen Standpunkt (39).

Diese Analyse ist richtig – bis zu einem bestimmten Punkt. Das Ansteigen der Reallöhne wird tatsächlich eine Mechanisierung veranlassen, die vielleicht die Wirkung der höheren Löhne auf die Profitabilität ausgleichen kann, aber nicht muß. Aber bei Marx wird der Anstieg der Reallöhne selbst durch eine vorausgehende Ursache möglich gemacht, nämlich die Mechanisierung, die aus dem Konkurrenzkampf hervorgeht. Daher ist die Wirkung, die Sweezy und Dobb analysieren, nur sekundär.

- 37 Auf eben diesen Standpunkt stellt sich Marx im Band I des „Kapital“, wenn er sagt, daß „die Erhöhung des Arbeitspreises (. . .) also eingebannt (bleibt) in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern.“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 649)
- 38 Für eine detailliertere Diskussion dieser Position sowie einiger mathematischer Methoden (zu den sog. „Wahl-der-Technik“-Theremen), die unterstützend gebraucht werden, siehe: „Political Economy and Capitalism: Notes on Dobb's Theory of Crisis“, von diesem Autor, erscheint demnächst in Cambridge Journal of Economics.
- 39 Sweezy (1942), S. 88; Dobb (1937), S. 108 - 114

Sie überlagert den primären Effekt (und wird tatsächlich durch ihn erst möglich). Geht man davon aus, daß sie die primäre Wirkung ignorieren, überrascht es nicht, daß sie für den Fall der Profitrate keinen eigentlichen Grund sehen können.

Ein anderer wichtiger Einwand gegen das Gesetz ist der, daß die Mechanisierung (welche Ursache sie auch immer haben mag) nicht notwendigerweise eine fallende Tendenz der Profitrate einschließt. Gehen wir einmal aus von einer bestimmten Anzahl von Arbeitern, womit L gegeben ist. Mechanisierung bedeutet, daß die Menge der Produktionsmittel, die von diesen Arbeitern angewandt wird, ansteigt. Aber das wird auch von einem Anstieg der Arbeitsproduktivität begleitet und damit von einem Fallen des Werts der Waren, da jetzt weniger Zeit für die Produktion einer gegebenen Menge von Waren aufgewandt wird. Daher wird der Arbeitswert der Produktionsmittel (C) nicht so schnell steigen wie ihre Masse und kann sogar fallen. Marx argumentiert, daß C trotz allem steigt, womit $\frac{C}{L}$ steigt und die Profitrate fallen muß. Aber, so sagen die Kritiker, angenommen der Arbeitswert der Produktionsmittel fällt genauso schnell oder sogar noch schneller, als seine Masse steigt? Dann wird $\frac{C}{L}$ konstant bleiben oder sogar fallen, und es wird kein Druck auf die Profitrate ausgeübt.

Es muß von vornherein gesagt werden, daß dieser Einwand richtig ist, da er auf eine Lücke innerhalb der Argumentation zur fallenden Profitrate hinweist. In der gegenwärtigen Literatur wird eine wichtige Hypothese dahingehend vertreten, daß ein steigendes Verhältnis von Maschinen zu Arbeitern auch ein steigendes Verhältnis von „toter“ zu lebendiger Arbeit (d. h. von C zu L) einschließt. Aber die Versuche, den exakten Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen zu bestimmen (wie der von Yaffe) (40), waren nicht befriedigend, so daß die Möglichkeit der Gegenhypothese, wie sie von den Kritikern hervorgebracht wird, offen bleibt. Diese Streitfrage wird immer noch sehr heftig diskutiert und wird in dem Artikel, auf den in der letzten Fußnote Bezug genommen wird, von mir ausführlicher behandelt.

Ein weiterer zur Zeit sehr populärer Einwand beschäftigt sich mit der Annahme, daß die Kapitalisten niemals eine Produktionstechnik wählen würden, die ihre Profitrate drückt. Eine fallende Profitrate sei von daher ausgeschlossen. Dieses Argument wird oft mathematisch zu beweisen versucht, wie im sogenannten „Okishio-Theorem“ (41). Seiner grundsätzlichen Annahme unterliegt ein weit verbreiteter analytischer Rahmen, der von linken Keynesianern wie Joan Robinson bis zu Marxisten wie Bob Rowthorne vertreten wird. In Begriffen dieser Diskussion liegt der entscheidende Irrtum in der Annahme, daß technischer Fortschritt nur eine Frage einer kapitalistischen „Wahl“ und nicht eine Notwendigkeit ist. Marx hat schon vor langer Zeit festgestellt, daß im Kapitalismus eine aus der Konkurrenz hervorgehende Notwendigkeit die Kapitalisten zwingt, die Technik mit den niedrigeren Durchschnittskosten zu wählen, auch wenn das eine niedrigere Profitrate einschließt. Wer immer diesen ersten Schritt tut, wird die anderen unterbieten. Den übrigen Kapitalisten bleibt dann nur die „Wahl“, entweder Profite zu einer niedrigeren Rate als vorher zu

40 Yaffe (1976), S. 18 - 19

41 Okishio (1961)

realisieren oder überhaupt *keine* Profite zu machen, weil ihr Produkt zuviel kostet.

Eine letzte Gruppe von Marxisten weist die Annahme eines steigenden $\frac{C}{L}$ aus empirischen Gründen zurück. Da C der Arbeitswert der Produktionsmittel ist und L der durch lebendige Arbeit hinzugeführte Wert, sind ihre Geldausdrücke K, der Geldwert der Produktionsmittel, und Y, der Geldausdruck des Neuwerts oder das „Nettosozialprodukt“. Auf dieser Grundlage wird der „Kapitalkoeffizient“ $\frac{K}{Y}$ untersucht, und da offizielle Statistiken anzeigen, daß er über lange Zeit hinweg konstant ist, wird dies dazu benutzt, die Annahme eines steigenden $\frac{C}{L}$ zu bestreiten (42).

Es ist interessant, daß genau dieselben Marxisten sich strikt weigern, den Ausgabewert der offiziellen Statistiken über Arbeitslosigkeit, das Ausmaß an Armut, die Häufigkeit von Unterernährung usw. anzuerkennen – mit der Begründung, daß die bürgerlichen Inhalte der Kategorien diese Statistik faktisch unbrauchbar machen. Z. B. zögen die Arbeitslosenstatistiken nicht diejenigen in Betracht, die es aufgeben haben, nach Arbeit zu suchen, diejenigen, denen es von vornherein nicht gelingen wird, Jobs zu finden (wie farbige Jugendliche) und diejenigen, die wegen der Aussichtslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt erst gar nicht erscheinen (wie Hausfrauen). Daher ist es für kritische Ökonomen und Marxisten nicht ungewöhnlich, die offiziellen Zahlen der „wahren Arbeitslosigkeit“ zwei- bis dreimal so hoch einzuschätzen. Wenn es jedoch um absolut grundlegende Kategorien wie „Kapital“ und „Neuwert“ geht, werden die offiziellen Statistiken plötzlich unbefragt akzeptiert. Wir werden innerhalb der Diskussion über die „profit squeeze“-Krisentheorien noch auf diesen wichtigen Punkt zurückkommen. Im Augenblick genügt es, zu bemerken, daß der einzige marxistische Statistiker, der sich die Mühe gemacht hat, zu untersuchen wie diese Statistiken aufgestellt werden, und die Unterschiede zwischen marxistischen und bürgerlichen Kategorien dabei berücksichtigt hat, zu eben dem Ergebnis gekommen ist, daß der „Kapitalkoeffizient“ stetig zu steigen scheint (43).

B. Zur Theoriegeschichte der fallenden Profitrate

Die Tendenz der fallenden Profitrate im Kapitalismus wurde von den klassischen Ökonomen weitgehend als unumstößliche Tatsache akzeptiert. Das Problem lag für sie nur in der Erklärung des Phänomens.

Adam Smith (1770) stellte z. B. fest, daß, wenn sich mehr Kapitale in einer bestimmten Industrie zusammendrängen, sie das Angebot vergrößern, die Preise heruntertreiben und so die Profite drücken. Genauso argumentiert er bezüglich des Akkumulationsprozesses: wird das Kapital als ganzes „reichlicher“, wird die Profitrate heruntergedrückt. Kritiker haben bald herausgestellt, daß sich Kapitale nur dann in einem bestimmten Industriezweig zusammendrängen, wenn dieser eine überdurchschnittliche Profitrate aufweist. Ferner drücken sie dadurch nur dessen Profit-

42 Hodgson (1974), S. 75

43 Vgl. Perlo (1966)

rate wieder auf den Durchschnitt herab. Die durchschnittliche Profitrate bleibt dagegen unerklärt, und Smith gibt keinen Grund dafür an, warum die Akkumulation sie überhaupt verändern sollte.

40 Jahre später bot David Ricardo (1810) eine alternative Erklärung an. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung, so sagt er, muß mehr Land kultiviert werden zur Ernährung der wachsenden Bevölkerung. Das bedeutet, daß immer weniger fruchtbares Land kultiviert werden muß, so daß die Produktion von Lebensmitteln zunehmend teurer wird. Marxistisch ausgedrückt steigt der Arbeitswert der Nahrung an. Daher steigt bei einem gegebenen Arbeitstag die notwendige Arbeitszeit und dementsprechend sinkt die Mehrarbeitszeit. So fällt der Mehrwert mit der Entwicklung der Gesellschaft, und damit fällt auch die Profitrate – nicht, weil die Reallöhne der Arbeiter steigen, sondern weil die Produktivität landwirtschaftlicher Arbeit sinkt.

Die entscheidende Schlußfolgerung bei Ricardo ist, daß die Produktivität der Landwirtschaft tendenziell absinkt. In seiner Kritik an der Ricardoschen Rententheorie zeigt Marx auf, daß die Schlußfolgerung weder logisch noch empirisch richtig ist. Die kapitalistische Geschichte zeichnet sich tatsächlich durchgängig durch eine steigende Arbeitsproduktivität aus, in der Industrie wie auch in der Landwirtschaft. Wie wir im vorhergehenden Abschnitt gesehen haben, stützt sich Marx' eigene Erklärung der fallenden Profitrate auf eine steigende Produktivität gesellschaftlicher Arbeit und eine steigende Mehrwertrate.

„Die Profitrate fällt (. . .), nicht weil die Arbeit unproduktiver, sondern weil sie produktiver wird. Nicht weil der Arbeiter weniger, sondern mehr exploitiert wird . . .“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26,3, S. 442)

Marx sah seine eigene Erklärung der „Tendenz der fallenden Profitrate mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Gesellschaft“ als einen großen Triumph seiner Theorie an. Sie ist der Springpunkt seiner Analyse der Bewegungsgesetze des kapitalistischen Systems. Und doch ist es erstaunlich, daß dieses Gesetz eine relativ untergeordnete Rolle in der Geschichte marxistischen Denkens spielt. Z. B. fehlt es bei den Unterkonsumtionstheorien vollständig, und wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden, fehlt es ähnlich auch bei den „profit-squeeze“-Theorien.

Eine der Ursachen für diese Vernachlässigung liegt in den bereits untersuchten Einwänden gegen die Logik der Marxschen Ableitung der fallenden Tendenz der Profitrate. Aber ein weiterer, vielleicht noch wichtigerer Grund für die Ablehnung des Gesetzes ist ein politischer (44). Die Vorstellung, der Kapitalismus sei „Bewegungsgesetzen“ unterworfen, heißt – so wird gesagt – eine Gesellschaft zu behandeln wie eine Maschine oder irgendeinen physikalischen Prozeß. Die Rolle des Subjekts, des Menschen in der Geschichte wird verkannt. Menschen und nicht Bewegungsgesetze machen Geschichte. Es wird daher weiterhin argumentiert, daß der Glaube an den Lehrsatz der fallenden Tendenz der Profitrate zu einer fatalistischen und passiven Haltung gegenüber der Aufgabe führen wird, den Kapitalismus zu stürzen. Schließlich wird noch hinzugefügt, daß die Analyse der Krisenursachen eine zu abstrakte Streitfrage ist, als daß sie für die praktische Politik des Klassenkampfes nützlich sein kann.

44 Die folgenden Ausführungen basieren größtenteils auf Jacoby (1975), Abschnitt V.

Es steht außer Frage, daß Marx die kapitalistische Geschichte in Begriffen von Bewegungsgesetzen und die Menschheitsgeschichte im allgemeinen in Begriffen von Kräften gefaßt hat, welche auf die menschliche Aktion einwirken und sie begrenzen. Und doch ist es derselbe Marx, der den Klassenkampf selber an die erste Stelle setzte, der zu seiner Zeit ein aktiver Vorkämpfer für den sofortigen Sturz des Kapitalismus (und nicht in irgendeiner fatalistischen Zukunft) war und sich aufgrund seiner theoretischen Analyse voll in der alltäglichen politischen Praxis engagierte. Gibt es zwischen diesen beiden Aspekten von Marx einen Widerspruch?

Durchaus nicht. Im Gegenteil; wie Henryk Grossmann (Deutschland), Paul Mattick (USA) und David Yaffe (England) argumentieren, *entspringt* revolutionäre Politik genau diesem Marxschen theoretischen Rahmen.

Grossmann war der erste bekannte Marxist, der die Krisendiskussion von Unterkonsumtions- und Disproportionalitätstheorien wegführte. Indem er diesen Theorien sowohl aus logischen als auch aus politischen Gründen äußerst kritisch gegenüberstand, unterstrich Grossmann die zentrale Bedeutung des Gesetzes der fallenden Profitrate für eine Krisentheorie. Er stellte heraus, daß bei Marx die Tatsache von besonderer Wichtigkeit sei, daß beim Fall der Profitrate das Anwachsen der gesamten Profitmasse langsamer werden und schließlich aufhören muß. An dem Punkt, wo eine neue Investition keine zusätzlichen Profite erbringt, werden die Investitionen gekürzt und dies wird eine Krise einleiten (45). Während sich die Krise ausbreitet, werden schwächere und weniger effiziente Kapitale vernichtet, und stärkere werden deren Vermögen zu ungewöhnlich niedrigen Preisen aufkaufen können. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit wird die Position der Arbeiter geschwächt. In der Regel fallen die Reallöhne, während der Arbeitsprozeß intensiviert wird, wodurch die Exploitationsrate steigt. Alle diese Faktoren heben die Profitrate. So stellt jede Krise selbst die Weichen für die wirtschaftliche Gesundung und den nächsten Zyklus von Aufschwung und Abschwung.

Damit ist nicht gesagt, wann eine bestimmte Krise ausbrechen wird, da viele Faktoren die Auswirkungen der fallenden Profitrate verlangsamen oder beschleunigen können – allerdings in gewissen Grenzen. In dieser Hinsicht ist der Klassenkampf nicht nur für den Zeitpunkt des Krisenausbruchs entscheidend, sondern auch für den Kampf gegen ihre Auswirkungen. Für Grossmann ist es jedoch noch wichtiger, daß die Krisen „objektiv revolutionäre Situationen“ sind. Zeigt man die Notwendigkeit von Krisen im Kapitalismus auf, dann zeigt man damit auch die Notwendigkeit, sich auf diese objektiv revolutionären Situationen vorzubereiten und sie auszunutzen. Schließlich stellt er aufgrund seiner Studien über Marx eine wichtige Verbindung zwischen Theorie und Praxis her:

„Kein ökonomisches System, wie schwach es auch immer sei, bricht von selbst „automatisch“ zusammen. Es muß „umgewälzt“ werden. Die theoretische Analyse jener objektiven Tendenzen, die zur Paralyse des Systems drängen, dient dazu, die Schwachstellen zu erkennen. Eine Veränderung wird aber nur durch das aktive Handeln des subjektiven Faktors kommen . . .“ (46)

45 Jacoby (1975), S. 35

46 (Da der Autor Grossmann bei Jacoby zitiert, war es uns nicht möglich, das Originalzitat bei Grossmann aufzufinden. Das Zitat ist daher eine Rückübersetzung aus dem Englischen. – jh/ws)

Paul Mattick hat Grossmanns Werk in mehrfacher Hinsicht weiterentwickelt. Von besonderer Wichtigkeit ist Matticks Standpunkt, daß Marx deshalb von der kapitalistischen Gesellschaft in Begriffen der Bewegungsgesetze spricht, weil der Kapitalismus nicht durch bewußte menschliche Entscheidungsgewalt reguliert wird, sondern eher durch „dingliche Beziehungen“ – die Beziehungen des Marktes, der Preise und Profite. Wie schon Grossmann betont auch Mattick, daß Krisen revolutionäre und reaktionäre Möglichkeiten bieten, aber nur der Klassenkampf bestimmen kann, welcher Weg eingeschlagen wird. Ob der Kapitalismus in Faschismus umschlägt oder in einen Sozialismus transformiert wird, ist nicht im Voraus festgelegt (47).

In den letzten Jahren hat David Yaffe damit begonnen, Marx' ökonomische Analyse zu erläutern und auf die gegenwärtigen Krisen anzuwenden. Das volle Spektrum seiner Analyse liegt aber außerhalb dieser Diskussion. Was die Krisentheorie betrifft, so ergänzt Yaffe – neben ähnlichen Punkten wie bei Grossmann und Mattick – folgendes: Zunächst einmal *muß* sich eine Krise auf der Ebene von Preisen und Profiten *darstellen* und es gibt daher eine Tendenz, Preise und Profite für die Ursache der Krise zu halten. Da z. B. der Profit per definitionem die Spanne zwischen Erlös und Kosten ist, wird alles, was einen Fall der Profitabilität verursacht notwendigerweise steigende Kosten im Verhältnis zum Erlös einschließen. Dies ist nur eine weitere Möglichkeit, ein Absinken der Profite zu erklären. Aber ein Teil der Kosten sind lediglich Kosten für andere Produkte, wie Rohstoffe etc. (und daher der Erlös für andere Industrien). Deshalb wird oft jedes Absinken der Profitabilität zu den verbleibenden Kostenanteilen, den Löhnen, in Beziehung gesetzt, und von da ist es nur ein kleiner Schritt zu dem Argumente, daß „zu hohe“ Löhne die *Ursache* des Absinkens sind. Auf diese Weise macht man eine Wirkung zur Ursache.

Ähnliches gilt für die Analyse von Stagnation, steigender Arbeitslosigkeit, Inflation, steigenden Staatsausgaben und Verschärfung der Klassenkämpfe auf der ganzen Welt. All dies sind aber, so Yaffe, nur Erscheinungen der Krisenentwicklung, nicht deren Ursache. Mit fallender Profitrate wird sich die Akkumulation verlangsamen und die Arbeitslosigkeit ansteigen. Die Kapitalisten werden durch Erhöhung der Preise versuchen, die Profitabilität aufrechtzuerhalten, wodurch sie eine Inflationsspirale in Gang setzen. Gleichzeitig wird der Staat zum Einschreiten gezwungen, um einerseits ein politisch akzeptables Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten und andererseits die kränkelnden Industriezweige zu subventionieren oder gar zu übernehmen. Daher steigen die Staatsausgaben rasch an. Aber das deficit spending des Staates beschleunigt nur die Inflation, während seine Stützung des Beschäftigungsniveaus die Löhne daran hindert, in einem so großen Maße zu fallen, das die Profitabilität wiederherstellen würde. Auf diese Weise wird der Widerspruch vertieft, es wird immer schwerer, politische Strategien zu finden, die „funktionieren“. In dieser Phase befinden wir uns (nach Yaffe) jetzt überall in der kapitalistischen Welt (48).

47 Jacoby (1975), S. 43

48 Yaffe (1976), S. 5 - 32. Natürlich weist Marx diese Erklärung zurück mit der Begründung, daß die Kapitalakkumulation selbst objektive Grenzen für die Lohnkämpfe setzt, so daß die Exploitationsrate allgemein ansteigt. Er argumentiert tatsächlich so, daß die Profitrate gerade deshalb fällt, weil die mehr nicht weniger ausgebeutet werden.

C. Klassenkampf und „profit squeeze“

Jede Krise unterstreicht die Bedeutung der Profite für die kapitalistische Produktion und wirft erneut die Frage danach auf, was die Profitabilität reguliert. Jeder Rückgang der Profitabilität wiederum wird früher oder später auf zu hohe Löhne zurückgeführt. Nun ist es sicherlich richtig, daß eine Herabsetzung der Löhne – *ceteris paribus* – die Profite anheben wird. Aber daraus ergibt sich nicht, daß ein gegebenes Absinken der Profite notwendigerweise übermäßigen Löhnen zuzuschreiben ist. Die Frage ist doch, woher wissen wir, was Ursache und was Wirkung ist?

Bei Marx' Analyse wird von einem steigenden Reallohn erwartet, daß er mit einer steigenden Exploitationsrate einhergeht, so daß die Lohnanhebung *allein* nicht zum Fallen der Profitabilität beitragen wird. In marxistischen Begriffen kann man daher nur dann, wenn der Anstieg der Reallöhne groß genug ist, um die Exploitationsrate tatsächlich zu senken, davon sprechen, daß der Abfall der Profitabilität den „hohen Löhnen“ geschuldet ist (wenigstens zum Teil) (49).

In der letzten Abstraktion ist das Geldäquivalent der Mehrwertrate $\frac{M}{V}$ das Verhältnis von „Profiten“ zu „Löhnen“; $\frac{P}{W}$ würde $\frac{M}{V}$ reflektieren, so daß es den Anschein haben könnte, daß ein Absinken des Profit/Lohn-Verhältnisses der Beweis für ein übermäßiges Ansteigen der Reallöhne sei. Aber diese Beweisführung ist falsch. Erstens ist es durchaus möglich, die Arbeiter mehr auszubeuten und sie so ein größeres Mehrprodukt produzieren zu lassen, während gleichzeitig die Kapitalisten nicht in der Lage sind, dieses größere Mehrprodukt zu verkaufen und in Geldprofite zu verwandeln. Z.B. werden in einer Krise, die durch eine fallende Profitrate herbeigeführt wurde („à la Marx“), mit der Vernichtung einiger Kapitale die übrigen der Käufer für einen Teil ihrer Produkte beraubt. Die Preise werden fallen, und mit ihnen fallen die Profite und des Verhältnis von Profiten zu Löhnen. Um das zu kompensieren, werden die überlebenden Kapitalisten ihre Arbeiter noch stärker antreiben, noch mehr ausbeuten, um die Kosten zu senken und im Geschäft zu bleiben. In einer Krise geht also mit einem fallenden Verhältnis von Profiten zu Löhnen auch eine ansteigende Exploitationsrate einher. Und weiterhin sind unter diesen Bedingungen beides Symptome, nicht Ursachen der Krise.

Aber das oben genannte Modell ist nicht *vor* dem Ausbruch der Krise anwendbar. Wäre es dann nicht legitim, das „Profit/Lohn“-Verhältnis als einen Indikator für die Exploitationsrate anzusehen – während der Nicht-Krisen-Perioden? Wenn ja, wäre ein fallendes Profit/Lohn-Verhältnis vor einer Krise ein durchschlagender Beweis dafür, daß die Arbeiter tatsächlich ihre Reallöhne so schnell haben steigern können, daß die Exploitationsrate fällt und eine Krise ausgelöst wird. *Es ist genau diese theoretische Feststellung von $\frac{P}{W}$ als Indikator für $\frac{M}{V}$, welche die marxistische „profit-squeeze“-Krisentheorie charakterisiert*, wie sie von Glyn/Sutcliffe und Rowthorne in England und von Body und Crotty in den USA dargelegt wurde (49).

Offensichtlich basiert ihre Argumentation auf der empirischen Beobachtung,

daß den Krisen ein Absinken des Profit/Lohn-Verhältnisses vorangeht. Aber dieselbe Beobachtung wird auch oft von bürgerlichen Ökonomen gemacht, wie erst kürzlich im Falle von William Nordhaus vom Brookings Institute (50). Anders als Nordhaus gehen die Marxisten jedoch noch einen Schritt weiter, indem sie das beobachtete Profit/Lohn-Verhältnis mit der Exploitationsrate gleichsetzen. Daraus folgt, daß das Absinken der Profitabilität eigentlich Ausdruck einer fallenden Mehrwert-rate ist, welche ihrerseits nur einem genügend großen Ansteigen der Reallöhne geschuldet sein kann. Während der bürgerliche Ökonom Nordhaus den „Kapitalkosten“ die Schuld an dem Absinken gibt, führen die Marxisten es ironischerweise auf „Arbeits-Probleme“ zurück. In gewissem Sinne sind die „profit-squeeze“-Argumente ebenso alt wie der Kapitalismus selbst. Niemand weiß besser als die Kapitalisten, wie wichtig Profite für das System sind, und es ist offensichtlich, daß niemand ein größeres Interesse daran haben konnte, den hohen Löhnen die Schuld an den Krisen zuzuschreiben. In diesem Sinne taucht in jeder Krise eine kapitalistische Version der „profit-squeeze“-Argumentation auf.

Auf einer etwas abstrakteren Ebene haben bürgerliche Ökonomen seit langem behauptet, sinkende Profitabilität sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Arbeiter ihren „Anteil“ am Nettosozialprodukt haben vergrößern können (auf Kosten des Anteils der Kapitalisten selbstverständlich). In einem Kommentar über zwei seiner Zeitgenossen, den Franzosen Frédéric Bastiat (1840) und den Amerikaner Henry Carey (1860) stellt Marx fest, sie „nehmen das fact an, die Tendenz der Profitrate zu fallen im Maße wie das produktive Kapital wächst. Aber sie erklären es simplement und bonnement daraus, daß der Wert der Arbeitsrate wächst; der Proportion, die der Arbeiter vom Gesamtprodukt erhält . . .“ (Marx, Grundrisse (1953), S. 640).

Die gegenwärtige marxistische „profit-squeeze“-Theorie ist in vielerlei Hinsicht der von Bastiat und Carey verwandt. In seinem Überblick über marxistische Krisentheorien faßt Erik Olin Wright die moderne Variante wie folgt zusammen:

„Die Grundargumentation ist sehr einfach: der jeweilige Anteil des Volkseinkommens, der an die Arbeiter und die Kapitalisten geht, resultiert fast ausschließlich aus ihrer jeweiligen Macht im Klassenkampf. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse eine ausreichend starke Arbeiterbewegung aufbaut, um Lohnsteigerungen über das Niveau der Produktivitätssteigerungen hinaus zu erkämpfen, wird die Exploitationsrate absinken und damit die Profitrate fallen (sie wird durch steigende Lohnkosten unter Druck gesetzt). Dieses Absinken der Profite bewirkt eine entsprechende Einschränkung der Investitionen und damit eine noch langsamere Produktivitätssteigerung. Ergebnis: eine Wirtschaftskrise.“ (Erik Olin Wright (1977), S. 216)

Die moderne marxistische Version folgt also der Argumentation von Bastiat und Carey, wenn sie die Tendenz der fallenden Profitrate als Folgeerscheinung der fallenden Exploitationsrate ansieht. Aber es gibt zwischen den beiden Varianten den entscheidenden politischen Unterschied dahingehend, daß die bürgerlichen Ökonomen diese Situation beklagen, während die Marxisten sie feiern. Die marxistische „profit-squeeze“-Theorie macht den Klassenkampf *um die Arbeitsbedingungen* zum entscheidenden Faktor, der (in letzter Instanz) den Verlauf der kapitalistischen Reproduktion bestimmt. Für diese Marxisten ist die Tatsache, daß die Entwicklung des Sy-

stems ein Stadium erreicht hat, in dem die Arbeiter stark genug sind um Krisen auszulösen, ein hoffnungsvolles Zeichen. Wenn die Arbeiterklasse das System durch ihre Lohnforderungen in die Knie zwingen kann, dann könnte sie auch schon so stark sein, den Anschlägen auf diese Reallöhne Widerstand zu leisten, welche den eigentlichen „Erholungsprozeß“ ausmachen. Sie könnte sogar stark genug sein, die Krise zu „lösen“, indem sie die Staatsgewalt übernimmt.

Der große Vorteil dieser Theorie liegt in ihrer Einfachheit. Auch im Kapitalismus „regiert die Politik“. Wir müssen die praktische Politik des Klassenkampfes analysieren und nicht irgendwelche abstrakten Bewegungsgesetze, wenn wir die kapitalistische Geschichte verstehen wollen. Die kapitalistische Akkumulation ist tatsächlich aus sich heraus begrenzt, aber es ist die Arbeit und nicht das „Kapital selbst“ (wie Marx behauptet), die die letztendliche Schranke der Akkumulation darstellt.

Einfachheit ist aber nur dann wirklich ein Vorteil, wenn die einfache Definition auch richtig ist. Die Strafe für einen Irrtum ist schließlich das Scheitern. Gehen wir deshalb zum zentralen Punkt der Theorie zurück und fragen wir: Kann man von einem beobachteten Fallen des Profit/Lohn-Verhältnisses wirklich auf eine fallende Exploitationsrate schließen? Mit anderen Worten: Ist $\frac{P}{W}$ wirklich ein Index für $\left(\frac{M}{V}\right)$. Zur Beantwortung dieser Fragen müssen wir den Geldformen von M und V nachgehen.

Betrachten wir das Ende eines Reproduktionszyklus des Gesamtkapitals. Ausgehend von den Verkaufserlösen können wir dann die Verauslagung dieser Geldsumme verfolgen. Angenommen der Gesamterlös (aus den Verkäufen) (G') beträgt 100 000 Dollar. Davon legen die Kapitalisten 40 000 Dollar beiseite als Ersatz für die in der Produktion verkauften Waren, verbrauchten Rohstoffe und Maschinen (C_p^*) und weitere 20 000 Dollar als Ersatz für die Löhne (V_p^*) der im Produktionsprozeß beschäftigten Produktionsarbeiter (51). Der verbleibende Betrag von 40 000 Dollar ist das, was die Kapitalisten *realisierte Bruttoprofite* (M^*) nennen, also die Erlöse aus dem Verkauf der Waren minus der Material- und Arbeitskosten für die Produktion dieser Waren. Aus der Sicht des Systems als ganzem bilden diese Bruttoprofite das Geldäquivalent der Mehrarbeitszeit der Produktionsarbeiter, während die Löhne (V_p^*) dieser Arbeiter das Geldäquivalent ihrer notwendigen Arbeitszeit bilden. Der genaue Index der Ausbeutung von Produktionsarbeitern, d. h. der Merhwertrate, ist daher $\frac{M^*}{V_p^*} = \frac{40\,000}{20\,000} = 200\%$.

Aber für die Kapitalisten sieht die Sache ganz anders aus. Sie müssen vom Bruttoproduct noch das Geld abziehen, das sie beim Verkauf der Waren aufgewandt haben. Diese Verkaufskosten, wie die Kapitalisten sie nennen, bestehen aus Material- (C_u^*) und Arbeitskosten (V_u^*) bei der Umwandlung der produzierten Waren in Gelderlös. Hinzu kommt, daß sie auch die indirekten Steuern (T) abziehen müssen, weil diese von ihrem Standpunkt aus auch Geschäfts-„Unkosten“ sind. Was nach all die-

51 Ich verwende den Ausdruck Produktionsarbeiter, weil es unmöglich ist, im Rahmen dieses Aufsatzes das Konzept von produktiver Arbeit adäquat zu entwickeln. Ähnlich verwende ich den Ausdruck Ware sowohl für Güter als auch für Dienstleistungen, die gegen Geld geleistet werden. Die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit läßt sich nicht reduzieren auf die simplifizierende Unterscheidung von Gütern und Dienstleistungen

sen Abzügen übrig bleibt, wird das *industrielle Nettoeinkommen* (52) (P) genannt. Wenn die Verkaufskosten $C_u^* + V_u^* = 15\,000 \$ + 10\,000 \$$ sind und die indirekten Steuern $T = 5\,000 \$$, dann ist das industrielle Nettoeinkommen $P = 10\,000 \$$.

Aus der Sicht der Kapitalistenklasse sind sowohl die Verkaufskosten als auch die indirekten Steuern echte Geschäftskosten. Sogar vom Gesamtsystem her gesehen können sie tatsächlich als strikt notwendige Aufwendungen betrachtet werden, da sowohl die Handelskapitale (Groß- und Einzelhandel) wie auch der Staat unerläßliche Funktionen ausüben. Aber die Tatsache, daß es unerläßliche Aufwendungen sind, ändert überhaupt nichts daran, daß es sich auch um abgeleitete Formen des Mehrwerts handelt. Man muß das Mehrprodukt erst *produzieren*, bevor es verkauft werden kann; der Verkauf ändert nur die Besitzverhältnisse am Produkt, nicht seine Größe. Das Ausmaß, in dem ein Teil des Mehrprodukts durch die Aktivitäten des Besitzerwechsels (Kauf und Verkauf) und durch staatliche Aktivitäten (53) absorbiert wird, ist nur ein Index für die Verteilungs- und Legitimationskosten des Systems.

Unglücklicherweise erkennen die „profit-squeeze“-Theoretiker diesen zentralen Zusammenhang nicht (54). Ohne Ausnahme setzen sie die Mehrwertrate gleich mit $\frac{P}{W}$, dem Verhältnis von industriellem Nettoeinkommen zu den Gesamtlöhnen. In Ausdrücken der obigen Darstellung ist $P = 20\,000 \$$ und $W = \text{Löhne der Produktionsarbeiter} + \text{Löhne und Gehälter der Verkäufer} = 20\,000 \$ + 10\,000 \$ = 30\,000 \$$, so daß also $\frac{P}{W} = \frac{10\,000}{30\,000} = 33\frac{1}{3} \%$. Das ist natürlich weit entfernt von der wahren Mehrwertrate, $\left(\frac{M^*}{V_p^*}\right) = 200 \%$.

Durch die Verwechslung von $\frac{P}{W}$ und $\frac{M^*}{V_p^*}$ resultiert eine sehr große Unterschätzung der wahren Profitrate einer gegebenen Zeitspanne, wie das obige Beispiel zeigt (die dargestellte Größenordnung entspricht ziemlich genau der tatsächlichen gegenwärtigen Größenordnung, die ich auf der Basis einer sehr viel komplexeren und detaillierteren Analyse der amerikanischen Wirtschaft gewonnen habe) (55). Was noch

- 52 Das industrielle Nettoeinkommen wird wiederum in industrielle Einkommensteuer, Rente (im Gegensatz zur Abschreibung und Instandhaltung von Gebäuden und Ausrüstung, was genauso ein Teil der Produktionskosten oder Verkaufskosten ist), Zins, Dividende und zurückbehaltene Einkommen aufgeteilt.
- 53 Außer der tatsächlichen staatlichen Produktion.
- 54 Diese wichtige Kritik an der Logik des „profit squeeze“ findet sich auch bei M.F.Z. (1977) in einer Kritik an Body/Crotty (op. cit.), in „The Communist“, Vol. 1, Nr. 2.
- 55 In der tatsächlichen Praxis ist die Rekonstruktion der Geldäquivalente von M^* , V_p^* und W sehr viel komplizierter als angegeben. Im wesentlichen beinhaltet sie die Umformung von Volkseinkommensberechnungen auf Keynesianischen Kategorien in Marxsche Berechnungen aufgrund von Marx' Wertkategorien. Das ist eine theoretisch schwierige Aufgabe und gleichermaßen empirisch schwierig. Trotzdem ist sie durchaus durchführbar und in der Tat absolut notwendig. Auf der Grundlage ziemlich detaillierter Berechnungen (die ich hier nicht wiedergeben kann) komme ich zu dem Ergebnis, daß die wahre Mehrwertrate $\frac{M^*}{V_p^*}$ von 1900 bis 1922 steigt, während $\frac{P}{W}$ im selben Zeitraum abnimmt. Ansteigende „Unkosten“ und steigende Steuern sind die Ursachen für einen großen Teil dieser Differenz.

schlimmer ist, $\frac{P}{W}$ besitzt relativ zur wahren Rate $\frac{M^*}{V_p^*}$ auf die Dauer eine immanente

Tendenz nach unten, da in allen kapitalistischen Wirtschaftssystemen sowohl die Verkaufskosten als auch die indirekten Steuern stark angestiegen sind. Dies gilt besonders für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb ist es trügerisch, das beobachtete Absinken des „Profit/Lohn“-Verhältnisses $\frac{P}{W}$ mit einer zugeordneten steigenden Exploitationsrate zu erklären. Im Gegenteil ist es sehr wohl möglich, daß eine steigende Exploitationsrate im Zusammenwirken mit einer fallenden Profitrate (nach Marx) eine absinkende Akkumulationsrate und steigende Arbeitslosigkeit verursacht hat. Aus dieser Sicht erscheinen die verschärfte Konkurrenz der Kapitalisten untereinander und umfangreichere staatliche Interventionen als Antworten auf eine sich verschärfende Krise, nicht als ihre Ursachen. Empirisch stellen sich diese Reaktionen dar als erhöhte Verkaufskosten und erhöhte Steuern, die sich niederschlagen in einem absinkenden $\frac{P}{W}$, trotz ansteigendem $\frac{M^*}{V_p^*}$. Dies ist im wesentlichen Yaffes

Erklärung der gegenwärtigen Weltkrise.

Es muß wiederholt werden, daß ein beobachtbares Absinken im „Profit/Lohn“-Verhältnis uns von sich aus noch keine Erklärung liefert. Um über die bloße Beobachtung hinauszukommen, brauchen wir eine Theorie der Determinanten von Profit für die Unterscheidung, welche Faktoren für den empirischen Trend verantwortlich sind. Aber wir müssen auch wissen, wie die empirischen Kategorien mit den theoretischen Kategorien zusammenhängen, denn sonst würden wir am Ende die falsche Ursache verantwortlich machen. Genau das ist der Fehler der „profit-squeeze“-Theoretiker: Sie beziehen sich auf die Mehrwerttheorie, aber sie berücksichtigen dabei nicht den Unterschied zwischen dieser komplexen und aussagekräftigen Marxschen Kategorie und der bürgerlichen Kategorie „Profit“ (industrielles Nettoeinkommen). Auf diese Weise schreiben sie irrtümlicherweise das andauernde Absinken der Profitabilität und damit die gegenwärtige Weltkrise selbst einem von den Löhnen ausgehenden „profit squeeze“ zu.

Schlußfolgerungen

Die Geschichte lehrt uns, daß der Kapitalismus periodisch Brüche ökonomischer und gesellschaftlicher Art unterworfen ist. Zu diesen Zeiten zeichnen sich die dem System immanenten sozialen Spannungen deutlich ab. Die bürgerlichen Plattheiten in ihren verschiedenen Orthodoxien werden dann immer durchsichtiger und nehmen ein verzweifeltes Aussehen an, und der Klassenkampf bricht offen aus.

Wir sind dabei, diese Lektion der kapitalistischen Geschichte aufs neue zu lernen. Der Nachkriegsboom, der uns durch die goldenen Tore des 21. Jahrhunderts führen sollte, ist nun offiziell gestorben. Überall auf der kapitalistischen Welt häufen sich politische und wirtschaftliche Krisen. Die internationale Konkurrenz verschärft sich mit dem Überlebenskampf der Kapitalisten; Banken gehen bankrott, riesige Industrien brechen zusammen; das internationale Währungssystem selbst schleicht von

einer Krise zur anderen; die Arbeitslosigkeit verschlimmert sich, während die Preise immer höher steigen und sich der Klassenkampf überall verschärft.

Wie sollen wir diese neueste Krise des Kapitalismus verstehen? Sicherlich müssen wir sie ausführlich studieren und analysieren, nicht nur lokal oder national, sondern weltweit. Aber das allein wird nicht genug sein. Wir müssen gleichzeitig verstehen, daß Krisen für den Kapitalismus nichts neues sind. Ihr periodisches und vernichtendes Auftreten wurde schon von vielen anderen erkannt, analysiert und theoretisch begriffen, lange bevor wir die Frage gestellt haben. Dies zu verstehen heißt, die Notwendigkeit der Untersuchung der Erklärungen unserer Vorgänger zu verstehen, damit wir aus ihnen lernen und darauf aufbauen können. Wenn es Aufgabe ist, das System zu überwinden, dann ist es zuerst geboten, es zu verstehen. Der Preis für Unwissenheit ist der Mißerfolg.

Das Anliegen dieses Aufsatzes war es, die grundlegenden Positionen zu präsentieren und zu analysieren, die aus der Frage nach den kapitalistischen Krisen historisch hervorgegangen sind. Ich habe versucht, bei dieser Aufgabe so genau wie möglich vorzugehen, ohne mir jedoch eine vorgefaßte Kenntnis des Themas anzumaßen. Dabei habe ich versucht, nicht nur darzustellen, was eine bestimmte Art von Theorie sagt, sondern auch, warum sie diese Argumente benutzt, wie sich das Argument historisch entwickelt, und welche politischen Standpunkt zu verschiedener Zeit sich mit ihr verbanden.

Anstatt die Ausführungen dieses Aufsatzes noch einmal zusammenzufassen, möchte ich mich auf drei Erkenntnisse konzentrieren, die meiner Meinung nach in der Geschichte der Krisentheorien enthalten sind.

Die erste Erkenntnis beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Theorie und Politik. Jeder theoretische Standpunkt beinhaltet eine bestimmte Methode, das System zu verändern. In diesem Sinne hat jede Theorie politische Implikationen hinsichtlich der Praxis, die sich auf sie beruft. Aber es ist wichtig zu erkennen, daß zwischen einem bestimmten theoretischen Begriffsapparat und der damit verbundenen Politik keine simplifizierende Verbindung gezogen werden kann. Nehmen wir z. B. die Unterkonsumtionstheorie. Zu ihren Vertretern gehören der reaktionäre Malthus, der kleinbürgerliche Sozialist Simonde de Sismondi, die revolutionäre Aktivistin Rosa Luxemburg, und die ganze moderne Richtung des „Monopolkapitalismus“, die auf der Arbeit von Paul Sweezy und Paul Baran basiert. Ihre Gegner schließen andererseits bürgerliche Theoretiker aller Schattierungen ein, angefangen mit Ricardo, aber auch Marx und Lenin. Weder unter den Verfechtern der Unterkonsumtionstheorie noch unter ihren Gegnern kann ein gemeinsamer politischer Nenner festgestellt werden. Ähnliches gilt für jede andere Krisentheorie.

Die zweite wichtige Erkenntnis hat mit Theorie und „Tatsachen“ zu tun. Es ist ein schwerwiegender Fehler, anzunehmen, daß „Tatsachen“ irgendwie *gegeben* sind, unabhängig von jedem begrifflichen Rahmen. Schon eine oberflächliche Untersuchung der Geschichte der Volkseinkommensberechnungen zeigt uns, daß alle Angaben, mit denen wir konfrontiert werden, der zahlenmäßige Ausdruck bestimmter theoretischer Kategorien sind. Diese Angaben basieren natürlich auf Ereignissen in der wirklichen Welt, aber die Art und Weise, wie diese Ereignisse kodifiziert und aufgezählt

werden, hängt auch von einer Theorie der Welt ab. Das Muster, das aus den Keynesianischen Kategorien hervorgeht (die den gegenwärtigen Volkseinkommensberechnungen zugrundeliegen), muß in keiner Weise dem gleichen, das aus marxistischen Kategorien hervorgeht. Bei der Diskussion der „profit-squeeze“-Theorien sahen wir zum Beispiel, wie wichtig es war, das Verhältnis Profit/Lohn ($\frac{P}{W}$) nicht mit der Exploitationsrate ($\frac{M}{V}$) zu verwechseln. Es wäre tatsächlich ein fataler Verlust, eine richtige Theorie aufzugeben, nur weil sie nicht „Tatsachen“ entspricht, die auf ganz anderen Kategorien beruhen.

Die dritte Erkenntnis wurde bereits am Anfang dieses Abschnitts besprochen. Um es kurz zu wiederholen: Beim Versuch einer Krisenanalyse reicht es nicht aus nur ihre Erscheinungsformen zu studieren. Es ist vielmehr genauso notwendig, die Erklärungen von Krisen zu studieren, in Vergangenheit und Gegenwart. Sonst ist es sehr wahrscheinlich, daß wir etwas, das schon längst erfunden wurde, wiedererfinden, und dieselben Fehler machen, die andere schon lange vor uns bereits gemacht haben. Es ist oft gesagt worden, daß diejenigen, die die Geschichte ignorieren, dazu verdammt sind, sie zu wiederholen. Man sollte vielleicht hinzufügen, daß diejenigen, die eine Theorie ignorieren, dazu verdammt sind, sie erneut aufzustellen.

Literatur

- Alchian, A. A. and W. R. Allen, *Exchange and Production Theory in Use*, Wadsworth Publishing Co., Belmont, Ca. (1969)
- Baran, Paul and Paul Sweezy, *Monopoly Capital*, Monthly Review, New York (1966); deutsch: Ffm 1967 (suhrkamp)
- Barrat-Brown, Michael, *Economics of Imperialism*, Penguin Books (1974).
- Bleaney, Michael, *Underconsumption Theories: A History and Critical Analysis*, International Publishers, New York (1976).
- Body, Raford and James Crotty, „Class Conflict and Macro-Policy: The Political Business Cycle“, *Review of Radical Political Economics*, Vol. 7, No. 1 (1975).
- Dobb, Maurice, *Political Economy and Capitalism*, Routledge & Kegan Paul, Ltd., London (1937).
- Glyn, Andrew and Bob Sutcliffe, *British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze*, Penguin Books (1972). deutsch: Berlin (W) 1974 (rotbuch)
- Hodgson, Geoff, „The Theory of the Falling Rate of Profit“, *New Left Review*, 84 (March-April 1974).
- Jacoby, Russell, „The Politics of the Crisis Theory: Towards the Critique of Automatic Marxism II“, *Telos*, 23 (Spring 1975).
- Lebowitz, Michael, „Marx's Falling Rate of Profit: A Dialectical View,“ (nähere bibliographische Angaben des Autors lagen nicht vor.)
- Lekachman, Robert, *A History of Economic Ideas*, McGraw-Hill Book Company (1976).
- Luxemburg, Rosa, *Anti-Kritik* (1921), published in English translation in *The Campaigner*, Vol. 5, Nos. 1 - 2 (Jan-Feb., March-April 1972), National Caucus of Labor Committees. deutsch: in: Die Akkumulation des Kapitals, Ffm 1966, (neue kritik)
- Mitchell, Wesley Clair, „Business Cycles,“ (1923) in *Readings in Business Cycle Theory*, American Economic Association, George Allen and Unwin, London (1961).
- Nordhaus, William, „The Falling Share of Profits“, *Brookings Papers*, 1976, No. 1, pp. 169 - 208.

- Okishio, N., „Technical Change and the Rate of Profit,“ Kobe University, Vol. 7, (1961), pp. 85 - 99. deutsch in: Nutzinger/Wolfstetter (HG), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik*, Bd. II, Ffm/New York 1974, campus.
- Olin-Wright, Erik, „Alternative Perspectives in the Marxist Theory of Accumulation and Crisis,“ in *The Subtle Anatomy of Capitalism*, edited by Jesse Schwartz, Goodyear Publishing Co., Inc., Santa Monica, Ca. (1977).
- Perlo, Victor, „Capital-Output Ratios in Manufacturing“, *Quarterly Review of Economics and Business*, 8 (3), Autumn, 1966, pp. 29 - 42.
- Robinson, Joan, *Economic Heresies*, Basic Books, Inc., New York, (1971).
- Rowethorn, Bob, „Mandel's ‚Late Capitalism‘“, *New Left Review*, 98, July-August 1976, pp.59-83.
- Samuelson, Paul, *Economics*, Tenth Edition, McGraw-Hill Book Co., 1976, deutsch Köln 1965 (bund-verlag)
- Steindl, Joseph, *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, Monthly Review Press (1976).
- Sweezy, Paul, „The Economic Crisis“, *Monthly Review*, Vol. 26 (10), March 1975, pp. 1 - 8.
- ders., *The Theory of Capitalist Development*, Monthly Review Press, New York, (1942). deutsch: Köln 1959 (bund-verlag)
- Yaffe, David, „Inflation, the Crisis and the Post-War Boom,“ *Revolutionary Communist*, No. 2 (1976), pp. 5 - 45.
- M.F.Z., „Reformist and Revolutionary Views of Capitalist Crisis: A Critique of New Marxism,“ in *The Communist*, Vol. 1, No. 2, (Theoretical Journal of the Central Committee of the Revolutionary Communist Party, U.S.A.).
- Die im Text angeführten Arbeiten von Karl Marx wurden nach der MEW-Ausgabe Berlin (DDR) 1962 ff. zitiert; die „Grundrisse“ nach der Ausgabe Berlin (DDR) 1953.